

707

Jugend-Internationale

(Deutsche Ausgabe)

Kampf- und Propagandaorgan der internationalen Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen

Nr. 7

Preis per Einzelnummer: Schweiz 20 Cts.
Deutschland 20 Pf., Österreich 20 Heller.
..... Erscheint vierteljährlich.

Zürich, 1. März

Verlag: Sekretariat der internationalen
Verbindung sozialistischer Jugendorganis-
..... tionen Zürich, Werkstr. 40

1917

Inhalt dieser Nummer: Was bedeutet die Ablehnung der Vaterlandsverteidigung? — Harte Zeiten. Von J. Sjöglund (im Buchhaus) — Das Bekenntnis eines internationalen Sozialdemokraten. Von R. Liebnecht (im Buchhaus) — Max Borsdorf. Einem jugendlichen Revolutionärs Leben und Tod. — Krieg und Kirche. — Weite und Mensch. — Internationale Rundschau: Streits und Waffenkämpfe in Deutschland. — Das 8 Stbientengesetz und die Sozialpatrioten. — Der Ministerfuzj lismus in Dänemark. — Sein oder Nichtsein, das ist das Dilemma. — Zimmerwald-Riental eine Lüge? — Aus unse er Bewegung: Zu unserer Prinzipienklärung. — Standmaevische Jugendkonferenz (2 Januar in «openhagen») - Oesterreich. — Das läßt tief blick n. Die Jugendlichen im Kampfe.) - Aus Italien. (Die „große Verschwörung“ in Rom.) - 21 Jahre Kerketzsteife zc. - Aus Frankreich. - Rumänien. - Deutschland. - Schweiz. — Quittung. — Abessen.

Was bedeutet die Ablehnung der Vaterlandsverteidigung?

I.

Immer breitere Kreise der dem Sozialismus treu gebliebenen Elemente in den Kriegführenden wie neutralen Ländern sind im Feuer des Weltkrieges unter seinen Hammerschlägen zur Er-

den Tod der Internationale auch im Frieden, kommen immer weitere Kreise der Arbeiterchaft zur Auffassung, der Grundsatz der Landesverteidigung, als einer freiwillig politisch anerkannten Pflicht, nicht nur durch die Macht des Staates aufgesetzungenen Notwendigkeit, sei vom proletarischen Standpunkt falsch. Die theoretische Analyse des Wesens der imperialistischen Epoche, wie sie revolutionäre Marxisten gaben, zeigte die vollkommene Nichtigkeit die-



Der Wettlauf der Stunden.

W. Crane.

kenntnis gelangt, daß, wenn das Proletariat in der Epoche des Imperialismus die Vaterlandsverteidigung nicht ablehnen wird, es sich der Bourgeoisie mit Händen und Füßen ausliefert. Nicht nur im Kriege bedeutet die freiwillige Anerkennung der Vaterlandsverteidigung die Einstellung des Klassenkampfes, den Burgfrieden, den Zerfall der Internationale, sondern sie bedeutet das dauerhafte Abrücken der proletarischen Internationale vor dem Kapitalismus. Denn wenn das Proletariat anerkannt hat, daß es ein Interesse hat, den Bestand der kapitalistischen Staaten zu verteidigen, dann muß es auch im Frieden für die Rüstungen eintreten, im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkte seine Bourgeoisie gegen die Fremde unterstützen, in seinem Kampfe um die Verbesserung seiner Lage Maß halten, kurz mit einem Worte an die Stelle des sich steigenden Klassenkampfes den dauernden Burgfrieden legen. Diese Notwendigkeit haben die konsequentesten Sozialpatrioten, wie Hervé in Frankreich, Kolb, Heine usw. in Deutschland eingesehen, und sie treten offen für eine Umwandlung der internationalen Sozialdemokratie in nationale Reformparteien ein. Aus dem Gefühl des Protestes gegen die Abhandlung der Sozialdemokratie als eines Organs des Klassenkampfes, aus dem Gefühl heraus, diese Abhandlung im Kriege trage in sich

ies proletarischen Empfindens. Die Zimmerwälder Linke hat klar bewiesen, daß kein dauerhaftes Interesse es von dem Proletarier erfordert, in der Epoche des Imperialismus auf dem Boden der Landesverteidigung zu stehen. Die sogenannte Landesverteidigung bedeutet keinesfalls den Kampf um die Erhaltung der bisherigen Staaten, sondern umgekehrt: Jeder entwickelte kapitalistische Staat sucht seine Grenzen auszuweiten. Zudem das Proletariat glaubt, die Selbständigkeit der Nation, der es angehört, zu verteidigen, hilft es andere zu unterjochen. Wenn die belgischen Arbeiter ihr Blut verspitzen für die Unabhängigkeit ihres Staates, helfen sie nicht nur den Besitz von Belgisch-Kongo in den Händen der belgischen Bourgeoisie zu erhalten, sondern — weil Belgien im Lager der Entente kämpft —, so helfen sie auch die Hunderte von Millionen Indier, die Kgypter unter der englischen Peitsche zu erhalten. Und würde z. B. die Schweiz, durch Deutschland angegriffen, sich auf die Seite Frankreichs stellen — und General Wille hat offen erklärt, daß sich die Schweiz, von einer Seite angegriffen, sofort auf die andere stellen würde —, so würden die Schweizer Proletarier helfen, die Beute der Entente zu vergrößern, Millionen von Völkern in der Abhängigkeit von dem Kapital Englands, Frankreichs und Rußlands zu er-

halten. Im umgekehrten Fall würden sie helfen, Serbien, Polen, die Türkei dem deutlichen Kapital auszuliefern. Die Schweiz aber verlore auf jeden Fall ihre Selbständigkeit, würde ein kleines Glied sein einer der imperialistischsten Aufstellungshubfahne. Sie würde helfen, andern Völkern Ketten aufzuhängen und würde selbst mit ihnen belastet aus dem Kriege hervorgehen. Denn würde sie an der Seite einer Koalition kämpfen, so müßte sie nach dem Kriege die Kasse der andern fürchten. Durch die enormen Kriegskosten würde sie sich weiter in die finanzielle Abhängigkeit ihrer großen Verbündeten begeben. Wie im imperialistischen Weltkriege die Unabhängigkeit selbst einzelner Großmächte verwindet, gar nicht von den Kleinstaaten zu sprechen, so auch die Demokratie, wo sie besteht. Das beweist die Praxis der Kriegsführung in England und Frankreich, wo den Notwendigkeiten des Krieges alle demokratischen Freiheiten: Press- und Versammlungsfreiheit, Koalitionsrecht, die Macht der Parlamente usw. dem Militarismus vollkommen ausgeliefert werden. Und nach dem Kriege, wenn die arbeitende Masse versuchen wird, sich gegen die Lasten des Krieges zu wehren, wird das im Kriege mächtig gestärkte Kapital mit allen Kräften die Wiederherstellung der demokratischen Rechte bekämpfen, da sie in den Händen des Proletariats mächtige Waffen zum Kampfe gegen die ungeheuren Kriegslasten bedeuten werden.

Auch die ökonomischen Interessen des Proletariats erfordern nicht die Landesverteidigung, können nicht durch sie verteidigt werden. Wenn es sich um die Angst vor Kriegskontributionen handelt, so würde auch die größte am Anfang des Krieges erzwungene Kriegsentfaltung nur einen kleinen Teil dessen betragen, was der Krieg bisher kostete, und was von keiner Nation der andern wiedererstattet wird, weil alle im Kriege weßbluten. Und die größte Verflauung des arbeitenden Volkes durch die schändliche Inflation — wie die Zwangsarbeit der Belgier und Polen —, was ist sie anders, als daselbst, was die kriegsführenden Regierungen von der eigenen Bevölkerung fordern: wurde nicht in Deutschland, England, Frankreich das Streikrecht und die Freizügigkeit aufgehoben, d. h. die Zwangsarbeit eingeführt und die zwangsweise Verpflanzung der Arbeiterklasse nach Orten, wo sie zur Herstellung der Munition usw. notwendig ist? Das zeigt klar, daß durch die Anerkennung der Landesverteidigung, durch die Unterstützung der eigenen Bourgeoisie im Kriege das Proletariat weder die nationale Selbständigkeit, noch die demokratischen Rechte, noch seine ökonomischen Interessen verteidigen kann. Unterstützt es die Bourgeoisie in ihrer Kriegsführung, so wird es — wie der Weltkrieg auch enden mag —, zum Sklaven der Bourgeoisie.

Die Anerkennung der Landesverteidigung bedeutet bei den gegebenen Verhältnissen in jedem Falle die Auslieferung der proletarischen Zurechtweisen an das Kapital.

II.

Das wird — wie gelangt — immer breiteren Kreisen der Arbeiterklasse in allen kriegsführenden Ländern klar. Die entschiedene Linke in Deutschland — Gruppe Internationale (auch Spartacusgruppe genannt) mit Liebknecht, die der Internationalen Sozialisten Deutschlands mit Bordab, Gruppe der „Arbeiterpolitik“ mit Kautsky an der Spitze — die Zimmerwaldbiten in Frankreich, die sich um das „Komitee zur Wiederherstellung der internationalen Beziehungen“ sammeln, die radikale russische Sozialdemokratie unter Führung Lenins, die polnischen Sozialdemokraten, die holländischen Marxisten, die von Worter, Rannefoef, Wynkoop, Roland Polst vertreten sind, die schwedischen radikalen Sozialdemokraten, deren Führer Söglund ist, der linke Flügel der amerikanischen Sozialdemokratie usw. usw., alle sie lehnen den Sozialpatriotismus, d. h. die Politik der Landesverteidigung ab. Aber was bedeutet diese Ablehnung der Vaterlandsverteidigung? Darüber sind in Arbeiterkreisen die frankesten Ansichten verbreitet. Die einen sagen: Die Ablehnung der Vaterlandsverteidigung bedeutet die Ablehnung der Kriegskredite im Parlament. Aber das ist offenkundiger Unsinn: Dadurch, daß die Kriegskredite im Parlament abgelehnt werden, wird nur der Gegenatz des Proletariats zum Kriege ausgedrückt, nicht aber seine zermalnenden Folgen für das Proletariat befümpft. Die Ablehnung der Kriegskredite hat nur eine Bedeutung: der Einleitung eines Kampfes außerhalb des Parlamentes; oder sie hat keine Bedeutung. Die anderen sagen: Es bedeutet die Dienstverweigerung, wenn der Krieg ausbricht. Aber auch das ist nicht richtig. Denn das gesamte Proletariat kann nicht, nachdem es im Frieden nur einen friedlichen Kampf um kleine Verbesserungen seiner Lage geführt hat, beim Kriegsausbruch ohne weiteres die Macht haben, den Dienst zu

verweigern, und die vereinzelte Dienstverweigerung seitens der unentwegtesten Proletarier würde nur ihre Vernichtung durch die Militärbehörden bedeuten. Wir wollen keinesfalls behaupten, daß diese Akte der persönlichen Aufopferung der revolutionären Bedeutung bar sei, aber persönliche Akte sind Sache von Personen, nicht von Parteien.

Anderer wieder sagen: Die Ablehnung der Landesverteidigung bedeutet die Weigerung des Proletariats, Munition zu fabrizieren, und Kampf um die Entwaffnung. Auch das ist unrichtig. Das Proletariat als Gesamtheit, als Klasse, hat keine Wahl, wenn es seine Arbeitskraft verkauft. Immer größere Teile des Kapitals sind mit der Fabrikation der Waffen und des Kriegsbedarfes überhaupt beschäftigt, und es bleibt Millionen von Proletariern, wenn sie nicht Hungers sterben wollen, nichts übrig, als die Werkzeuge des Brudermordes zu fabrizieren. Was die Entwaffnung aber anbetrifft, so ist sie einerseits im Kapitalismus unmöglich, weil eine herrschende Klasse, wie die Bourgeoisie, solange sie sich halten kann, unter keinem Druck auf das letzte Mittel ihrer Herrschaft, die Gewalt, verzichtet; zweitens liegt es keinesfalls im Interesse des um den Sozialismus kämpfenden Proletariats, daß die allgemeine Dienstpflicht abgeschafft wird, solange der Kapitalismus herrscht. Bei der Aufhebung der allgemeinen Dienstpflicht würde die Bourgeoisie in der Form der Polizei usw. immer eine Söldnertruppe gegen das Proletariat unter Waffen halten. Nur die Proletarier wären waffenlos. Werden aber große Teile der Volksmassen durch die Not, die Verschärfung der Klassengegnäfte in den revolutionären Kampf getrieben, so werden bei der Existenz der allgemeinen Wehrpflicht die aus ihnen sich rekrutierenden Teile der Armee mit den ihnen von der Bourgeoisie gegebenen Waffen gegen die anderen, die Bourgeoisie stehenden, kämpfen. Die soziale Revolution wird letzten Endes durch diesen Kampf der proletarischen und bürgerlichen Teile der Armee entschieden.

Auch nach dem Kriege können wir nicht sofort die Waffen niederlegen. Die Bourgeoisie wird eine Zeitlang gegen das siegreiche Proletariat immer wieder anzukämpfen suchen. Wir werden sie mit Waffengewalt niederhalten müssen. Auch wird vielleicht der Sozialismus nicht auf einmal in allen kapitalistischen Ländern siegen. Da werden die kapitalistischen Regierungen der Länder, in denen das Proletariat noch nicht gesiegt hat, die sozialistischen betrogen, und die Länder des siegreichen Proletariats werden genötigt sein, mit Waffen in der Hand gegen sie vorzugehen. Sie werden durch ihre revolutionären Armeen dem Proletariat in den noch kapitalistischen Ländern zu Hilfe kommen müssen, um auch in ihnen dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen.

Wie wir sehen, bedeutet die Ablehnung der Vaterlandsverteidigung weder die Ablehnung der Kriegskredite allein, noch die Verweigerung des Militärdienstes im Kriege, noch die Verweigerung der Kriegsproduktion, noch die Lösung der Entwaffnung. Die Theorie des revolutionären Marxismus, wie ihn konsequent die Zimmerwalder Linke vertritt, zeigt, daß die Ablehnung der Vaterlandsverteidigung nichts anderes darstellt, als die revolutionäre Gesamtpolitik des Proletariats in der Epoche des Imperialismus.

III.

Die Hauptfrage der proletarischen Politik in der Epoche des Imperialismus ist die Kriegs- und Friedensfrage. Der Weltkrieg vernichtet nicht nur die bisherigen färglichen Erfolge des proletarischen Klassenkampfes, sondern seine Folgen (die Kriegskosten, die Uebermacht des organisierten Kapitals, die Teuerung, die weiteren Mitleidungen) werden die Bedingungen des Klassenkampfes ungeheuer erschweren. Wie dieser Weltkrieg beweist, ist der Kampf gegen den Imperialismus mit parlamentarischen Mitteln allein geführt, vollkommen aussichtslos. Die wichtigsten Entscheidungen des Imperialismus werden nicht in Parlamenten gefällt, sondern in den Geheimkabinetten der Hoffinanz, Diplomatie und des Militarismus.

Die Forderung der demokratischen, offenen Diplomatie ist so aussichtslos, wie die der sittlichen Prostitution: Raubgeschäfte macht man nicht auf offenem Markt. Aber selbst wenn das Proletariat über sie zu beschließen hätte, so bilden wir eine Widerherft. Die parlamentarische Tribüne hat im Kampf gegen den Imperialismus nur die Bedeutung einer weit sichtbaren Stelle, von wo aus Sozialdemokraten dem Volke das trügerische Spiel des Imperialismus demaskieren können. Die hinter ihm stehenden Mächte können aber nur durch Aktionen der Ar-

beitermasse selbst getroffen werden. Wenn die Mataboren des Imperialismus sehen, daß die Arbeitermasse auf die Straße geht, die Säbel und Flinten nicht scheut, können sie Angst vor dem Kriegsexperimente empfinden. Lassen sie die Flinten schießen und den Säbel hauen, so können sie nicht nur die Verschärfung des Kampfes, Massenstreiks erleben, sondern sie laufen Gefahr, die Disziplin des Heeres zu lockern, die durch nichts so gefährdet wird, als wenn in Zusammenstößen mit dem Volke den Truppen vordemonstriert wird, daß sie zu Feindern ihrer Väter und Brüder im Interesse des Kapitals erforsen sind.

Nur indem die Sozialdemokratie bei jeder Kriegsgefahr dem Imperialismus die Arbeitermassen entgegenwirft, alles auf die Karte setzend, ist sie ein Friedensfaktor. Aber eine solche Politik erfordert erstens jedes Aufgeben der Politik des Kompromisses mit dem Kapitalismus: Man kann nicht heute mit dem Kapital schwärzen und morgen die Arbeiter zu Demonstrationen und Massenstreiks aufrufen. Sie erfordert weiter eine sozial-revolutionäre Erziehung der Masse. Diese besteht in dem schärfsten Kampf gegen den Nationalismus, der jetzt der Arbeiterklasse predigt, sie hätte ein Interesse am Imperialismus; sie besteht in der rücksichtslosesten Entlarbung des sozialreformistischen Schwindels, der jede kleinste Reform dem Volke als große Errungenschaft anpreist, ihm einredet, die Proletariat hätten es so weit gebracht, daß sie mehr als ihre Ketten zu verteidigen hätten; in der Aufklärung, daß der Kapitalismus schon die wirtschaftlichen Vorbedingungen für den Sozialismus geschaffen hat, daß es jetzt gelte, jeden Kampf um Reformen, jeden Kampf gegen die Schäden des Kapitalismus auszuweiten und auszubreiten zum Kampf um die politische Macht.

Nur bei solcher Agitations- und Aktionsweise kann sich im Proletariat die moralische und politische Kraft anammeln, die ihm erlaubt wird, die theoretische Ablehnung der Vaterlandsverteidigung in Taten umzusetzen. Diese Taten bestehen bei drohender Kriegsgefahr in einer sich steigenden Aktion des Proletariats: von Demonstrationen über den Massenstreik bis zum Aufstand. Es ist keineswegs gesagt, daß in jeder Situation es der Sozialdemokratie gelingen wird, die Arbeitermassen zu den energichsten Abwehrmitteln zu bringen. Es kann sich herausstellen, daß das Zutrauen zu sich selbst, der Haß gegen den Kapitalismus noch nicht genug groß sind, der Kampf kann auf der Stufe der Demonstrationen einstweilen stehen bleiben. Die Bourgeoisie kann durch solche Schläge uns niederwerfen, bevor wir stark genug sind und sie kann den Krieg beginnen. Aber unser Kampf hat dann schon das Volk ausgerüttelt, ihm gezeigt, daß der Krieg gegen seine Interessen gerichtet ist. Nicht mit Rosen in den Gehwehrläufen, nicht mit vaterländischen Liedern, sondern mit Zorn und Grimm im Herzen, die Bourgeoisie hassend, würden dann die Proletariat in den Krieg gehen, der — wie die Erfahrung dieses Weltkrieges zeigt — nur bei größter Opferwilligkeit der Soldaten zu führen ist. Im Hinterland würden groدلende Massen bleiben, die keinen Augenblick ihren Kampf unterbrechen, die sich im Au-revolutionäre illegale Organisationen schaffen. Jeder Rückschlag im Kriege würde die Zerlegung im Heere steigern, bis sie bei wachsenden Massenkämpfen zu Saufen in eine Revolution in der Armee umschlagen würde. Die revolutionäre Politik vor dem Kriege würde eine revolutionäre Politik im Kriege gebären. Nur sie allein kann sie gebären. Zu schwach, den Krieg zu verhindern, würde das Proletariat mit der wachsenden sozialen Krise instande sein, ihn in eine Krise des Kapitalismus, in die soziale Revolution zu verwandeln. Dies bedeutet die Ablehnung der Vaterlandsverteidigung: das bewußte Hinarbeiten auf die soziale Revolution. In ihm allein liegt die Abwehr der die Arbeiterklasse bedrohenden Gefahren des Imperialismus. Selbst wenn es dem Kapitalismus gelingen würde, noch einmal Herr der revolutionären Krise im Kriege zu werden, würde sie ihn nötigen, mit der Gefahr neuer Ausbrüche zu lernen, die Lasten nicht zu sehr dem Proletariat auszubürden; das durch diese Krise aufgerüttelte, ausgewählte Volk würde gegen die Feuerung, gegen die Schinderer in den Fabriken, gegen die politische Reaktion, die nationale Unterdrückung zu kämpfen wissen. Und aus am wichtigsten ist: der Kampf, an einer Stelle ausgebrochen, würde über die Grenzen übergreifen, er würde das Vertrauen der Arbeitermassen verschiedener Nationen zu einander stärken, denn nur die Tat erweckt Vertrauen, nicht papierene Revolutionen. Dieser Kampf allein ist das Mittel zur Verteidigung der Demokratie, der ökonomischen Interessen des Proletariats wie

der futurellen, wels letzteres das einzige Interesse des Proletariats an der nationalen Frage darstellt. Nur dieser Kampf ist instande, nach partiellen Niederlagen und Siegen dem Sozialismus zum Durchbruch und somit das Ende des Imperialismus zu bringen.

IV.

Obwohl die imperialistische Epoche schon dreißig Jahre dauert, obwohl sie in den letzten fünfzehn Jahren die Möglichkeiten der Sozialreform tagtäglich verschlimmert, den Gewerkschaftskampf durch das Aufkommen des Trustmagnatentums, der Unternehmerverbände, auf den toten Punkt brachte, die Demokratie den Krebsgang antreten ließ, waren die proletarischen Massaktionen beim Kriegsausbruch erst in den allerersten Anfängen. Der Uebergang aus der friedlichen Zeit, in der der Schwerpunkt der Bewegung in der Vertreterschaft des Proletariats — bei den Streikverhandlungen wie dem Parlamentskampfe lag — konnte sich nur langsam vollziehen. Die Führer der Sozialdemokratie waren zu einem Teil — das Zentrum, unter der Führung Kautskys, Longuets usw. — gewohnt an die friedlichen Bewegungen, fürchteten das Hinarbeiten auf den revolutionären Massenkampf, glaubten an ihn nicht. Ein anderer Teil der Führer — die Reformisten — sah nur im Sperling der kleinen Erfolge die einzige reale Möglichkeit, war bemüht opportunistisch, arbeitete bemüht auf ein Aufgeben des revolutionären Charakters der Arbeiterbewegung, auf ihre Verwandlung in eine reformistische. Nur ein ganz kleiner Teil — die Linksradi-kalen — sah in den Massaktionen das Hauptmittel des proletarischen Kampfes in der Vertreterschaft des Imperialismus. Die Zentrumsleute wie die Opportunisten suchten die Reime der revolutionären Neuorientierung niederzutreten. Ihre jetzige Berufung auf die Masse, die im August 1914 zu schwach war, um wirklich gegen den Krieg zu kämpfen, ist also eine unverkennbare Heuchelei; denn sie taten alles, um diese Masse zu entnerven, zu kastrieren, und begnügten sich beim Kriegsausbruch nicht damit, daß sie ihr im Kampfe nicht vorangingen, sondern sie gingen ins Lager der Bourgeoisie über, halfen dieser den imperialistischen Raubkrieg unter der Fahne der Landesverteidigung zu führen, sie bekämpften jetzt mit aller Kraft die Anfänge des erwachenden revolutionären Bewußtseins des Proletariats.

Trotzdem erwaacht es in allen Ländern. Seine entschiedensten Teile sammeln sich unter der Fahne der sozialen Revolution, der Verwandlung der Kriegskrise in die sozialistische Kriegskrise. Sie mobilisieren das Proletariat, indem sie ihm als Ziel seines Kampfes gegen die Feuerung, gegen die Kriegsflaverei, gegen den dauernden Krieg die revolutionäre Aktion der Volksmassen zeigen. Sie unterstützen die Feuerungsunruhen, sie agitieren für den Munitionstreik, sie organisieren Friedensdemonstrationen, Demonstrationstreiks, führen eine revolutionäre Agitation im Heer. Das ist die praktische Ablehnung der Vaterlandsverteidigung in den kriegführenden Ländern.

Was sie in den noch neutralen Ländern bedeutet, das zeigt die Aktion unserer Schwedischen, rumänischen (vor dem Kriegsausbruch) und holländischen Genossen (Zribunisten). Höglund begnügt sich nicht mit theoretischen Lippenbekenntnissen zur Ablehnung der Vaterlandsverteidigung, er wartete mit dem Kampfe nicht, bis der Parteitag „Stellung nimmt“. Sondern er agitierte für den Massenstreik für den Fall der Kriegsgefahr, organisierte zu diesem Zwecke den linken Flügel der schwedischen Sozialdemokratie. Die holländischen Genossen warten nicht, bis der Krieg kommt, um dann gegen die Kredite zu stimmen, sondern gehen auf die Straße, um die Demobilisation des Heeres zu fordern. Da sie den Krieg nicht wollen, protestieren sie gegen die Schritte, die zu ihm führen können. Rakowski in Rumänien verfaßte nicht drei Petitionen täglich an die Regierung mit ersonnenen Rezepten, wie man die Feuerung aus der Welt schaffen kann, ohne daß das Proletariat selbst in den Kampf zu treten braucht, sondern er führte die Massen auf die Straßen, auf die Gefahr hin des Zusammenstoßes mit dem Militär. Sie wissen alle, daß, wenn man die vorhandene Kraft des Proletariats — mag sie augenblicklich noch so klein sein — als Friedensfaktor benutzen will, so gilt es zu wagen, an die Arbeitermassen zu appellieren, deren Kampf nur im Kampfe wachsen kann. Sie wissen sehr gut, daß das Proletariat der kleinen Länder keine Kraft hat, diese vom Kriege zurückzuhalten, geschweige denn den Weltkrieg zu beendigen. Aber sie denken an die Zukunft. Nur wenn sie durch die jetzige Aktion die moralische Kraft des Proleta-

riats heben, stärken, werden seine Vorderreihen im Kriege nicht gebrochen werden, werden sie im Kriege der Fahne des Sozialismus treu bleiben, werden sie sich vereinigen können mit dem aufwachsenden Proletariat der kriegführenden Länder zum Kampfe um die Beendigung des Krieges, um den Sozialismus. Weil sie den revolutionären Sozialismus nicht als Sammlung guter internationaler Ratschläge betrachten, die man exportiert, sondern weil sie wissen, daß man durch Taten dem internationalen Sozialismus dient, fragen sie sich: **Wer kann es wissen, ob unser bis aus äußerste getriebene Kampf — aufs äußerste unsere Kräfte — nicht den letzten Anstoß zum Erwachen der revolutionären Kämpfe in den kriegführenden Ländern geben wird.** Wenn wir morgen für die Interessen des Kapitals sterben sollen, warum sollen wir heute nicht alles wagen, um nach 30 Monaten des Krieges dem internationalen Proletariat zu zeigen, daß der Sozialismus lebt, keine Phrase von Kongressen ist, die hoch an den Bergen, unter der Blimlisalp strotzen, sondern eine Sache, für die man mit voller Energie kämpft?

Die Ablehnung der Vaterlandsverteidigung ist eine Phrase, oder ein Eintreten für die revolutionäre Aktion der Massen. Mit vollem Erfolg wird das Proletariat die Vaterlandsverteidigung erst dann ablehnen können, wenn es die Vaterländer, d. h. die Herrschaft der Bourgeoisie aufhebt. Aber damit das eintritt geschehe, muß es schon heute überall, in den kriegführenden wie neutralen Ländern, tagtäglich seinen Gegensatz zur Bourgeoisie steigern, um sich in tausenden, sich verschärfenden Taten zu stärken.

A. Struchahn.

Sarte Zeiten.

Die marxistischen Theorien von den Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung, indem diese zu zunehmender Schärfe der Klassengegensätze, zum Herabfallen ins Proletariat von den Zwischenstufen führen, wodurch die Reichen immer reicher und immer weniger an Zahl werden, und der Klassenkampf darum sich immer unverföhlicher gestaltet — es waren alle vor 20 Jahren sehr unstrittene Theorien innerhalb der Sozialdemokratie. Die als Revisionismus bezeichnete Richtung, die um jene Zeit entstand und in dem deutschen Sozialisten Eduard Bernstein ihren herausragendsten Führer hatte, behauptete, daß Marx in dieser Hinsicht sich geirrt hätte. Zwar hätte er für seine Zeit recht gehabt, jetzt könne man eine Tendenz in anderer Richtung spüren — eine allmählich sich vollziehende Ausgleichung, die Hoffnungen von einer friedlichen Lösung der sozialen Frage einflößte und die eine verföhlichere Haltung den bürgerlichen Klassen gegenüber als die von der Sozialdemokratie bisher befolgte Taktik motivierte.

Der Revisionismus gewann unbekanntlich einen sehr festen Boden in mehreren sozialdemokratischen Parteien, nicht weniger in der Praxis jener Kreise, wo man sich noch theoretisch als Marxisten gebärdete — ein Gaukelspiel, das wir aus unserem eigenen Lande gut kennen. Aber nichtsdestoweniger wird diese Richtung als nur „den Schaum einer Welle, nicht als die Welle darunter“ sich enthüllen. Die rasche Entwicklung der Arbeiterbewegung sowohl in den gewerkschaftlichen wie auf dem politischen Gebiete, welche wir in den 80er und 90er Jahren überall erlebten, und die durch gewisse, leicht gewonnene Erfolge die Illusionen des Revisionismus schuf, begegnete bald neutralisierenden Faktoren, teils in der Feuerung, die seit dem Ende der 90er Jahre eine permanente Erleuchtung wurde, teils in dem direkten organisierten und immer rücksichtsloseren Widerstand des Kapitalismus gegen die Forderungen der Arbeiterklasse.

Wenn jemand etwa bis zum 1. August 1914 in den Bernsteinischen Träumen von dem fast unmerklichen, leichten und spielenden Einwandern der Gesellschaft im Sozialismus noch gefangen war, dem die Weltkriege einen Faustschlag ins Gesicht gegeben, der ihn erwecken machte. Denn eine in aller ihrer erichrenden Schreithöhe mehr erleuchtende Bestätigung der fortwährenden Wirkungen der Marx'schen Theorien als dieser Vorgang ist undenklich. Welch ungeheures, tatsächliche Veränderung des Verhältnisses unter den Gesellschaftsklassen bedeutet dieser Krieg! Welcher fürchterliche, gerade katastrophenhafte Stoß hinab sowohl für die Arbeiterklasse als für die Mittelklassen, die jetzt zum Proletariat hinabgestürzt werden, während die enormen Kriegs- und Schwindlergewinne in den Taschen der bestehenden Minoritäten die

Kapitalanhäufung und die daraus wachsende wirtschaftliche und politische Macht dieser Minorität mit unerhörter Geschwindigkeit sich erweitern läßt!

Formal und scheinbar ist der Weltkrieg ein Kampf unter den verschiedenen Nationen, und zwar überall unter dem Schild der Vaterlandsverteidigung; tatsächlich und in bezug auf seine Folgen ist er ein Klassenkampf: der Kampf des Weltproletariats mit dem Leben und dem Wohle der Volksmassen als der Einsatz in dem blutigen Spiel.

Die Kosten des Krieges erreichen jetzt schon 400.000.000.000 (vierhunderttausend Millionen) Franken, d. h. 1000 Franken pro Kopf oder 1000 Franken pro Haushalt im ganzen Europa, die Neutralen wie die Kriegführenden eingerechnet. Man versteht, daß es mit der „Volksgeundheit“, die die Apostel des Krieges als das Resultat der Menschenschlächtere verprochen hatten, nichts wird, wenn außer den Millionen von geopfertem Menschenleben noch dazu so ungeheure materielle Werte verloren gehen, wenn in mehreren Jahren die Arbeitskraft von 25 bis 30 Millionen junger, kräftiger Leute für den unproduktiven Wahnsinn des Krieges in Anpruch genommen wird. Von allen Emordeten, von allen Krippeln, von allen Wahnsinnigen, die die direkten Opfer des Krieges geworden sind, abgesehen, tritt die Volksgeundheit in jener Gerabehung des Lebensnotstands der arbeitenden Klassen aller europäischen Völker hervor, wenn sie in den Krieg einbezogen worden sind oder nicht, die sie bis an die Hungergrenze und zum Teil weit darunter bringen möchte.

Alles, was die Gewerkschaften der Arbeiter während jahrzehntelangen Kämpfen und Anstrengungen zur Besserung der Löhne aufgebaut haben, dürfte auf einmal durch den Niedergang des Geldwertes infolge der Feuerung spoliert worden sein. Das bedeutet natürlich nicht, daß die Gewerkschaftsbewegung nutzlos wäre, denn ohne dieselbe wäre die Lage noch schlimmer, und sie hat ja zudem auch andere wichtige Aufgaben als die rein wirtschaftlichen zu erfüllen. Es bedeutet jedoch, daß die Marx'sche Theorie mit ihrer Vorausage von den Tendenzen des modernen Kapitalismus Recht behalten hat; es bedeutet das Ende von den naiven Hoffnungen von der Einlenkung des Sozialismus in eine friedliche Entwicklung; es bedeutet, daß der gewerkschaftliche und der politische Kampf in seiner bisherigen Gestaltung nicht genügt, daß derselbe vielmehr durch einen verschärften Kampf von größerem Umfang der sozialen Revolution entgegen ergänzt werden muß.

Die sogenannte Burgfriedenspolitik, das Zusammengehen mit oder die Annäherung an die bürgerlichen Klassen schließt offenbar unter diesen Verhältnissen gerade die größte Torheit in sich, auf die das Proletariat sich einlassen könnte. Sie ist auch eine gekinzelte, schier zufällige Erscheinung, die abnorme Frucht abnormer Verhältnisse — teils mit dem äußeren Zwang des Belagerungszustandes in den kriegführenden Ländern, teils mit der geistigen und moralischen Depression, die der Krieg bei der von den nationalen Massenhyponose gebundenen Arbeiterklasse hervorgerufen hat, zusammenhängend. Sie kann jedoch nicht von Dauer sein, ohne der Arbeiterklasse tödliche Wunden zu schlagen.

Der Burgfriede muß um jeden Preis gebrochen werden. Wenn die Arbeiterklasse sich einbildet, im Kriege für das Vaterland zu kämpfen, so ist zu sagen, daß sie in Tat und Wahrheit für ihre eigene Sklaverei kämpft. Da sie die Nation waffnet, entwaffnet sie sich selbst. Durch den Burgfrieden legt sie freiwillig sich den Strick um ihren eigenen Hals. Niemals hat ein schicksalsschwangerer Irrtum, als die Predigt des Burgfriedens, der nationalen Interessengemeinschaft unter allen Gesellschaftsklassen, die Menschen verblendet.

Es kommt jedoch ein Tag — daran ist nicht zu zweifeln — an dem die Arbeiter aller Länder aus diesem Burgfriedenszauber erwecken werden und sehen, daß die neuen Kleider des Kaisers, gleich wie in dem Märchen, ihnen nur Nacktheit boten. Der Kapitalismus selbst wird mit brutaler, schonungsloser Hand ihre Blindheit heilen und ihre Augen öffnen. Uns steht eine Zeit bevor, in Zeichen eines Klassenkampfes, erbitterter als je. Mag sie die Arbeiterklasse bereit finden, durch die bitteren Lehrstunden des Krieges geidult, von solidarischem Klassenbewußtsein und revolutionärem Geist erfüllt, sozialistisch aufgeklärt und im Besitze eines gestärkten Willens.

3. Söglund (im Buchhaus).

Zwei Bannerträger der jungen Internationale.

Das Bekenntnis eines internationalen Sozialdemokraten.

Berlin, den 8. Mai 1916.

In das königliche Kommandanturgericht Berlin.
Zu der Strafsache gegen mich bemerke ich noch:
1. Landesverrat ist für den internationalen Sozialisten vollkommener Nonsens. Er kennt keine feindliche Macht, der „Vorschub zu leisten“ er auch nur denken könnte. Er steht jeder fremden kapitalistischen Regierung genau so revolutionär gegenüber wie der eigenen. Nicht: „Einer feindlichen Macht Vorschub leisten“, sondern: „In internationaler Wechselwirkung mit den Sozialisten der anderen Länder allen imperialistischen Mächten zugleich Abbruch tun“, ist die Quintessenz seines Strebens.

Er kämpft im Namen des internationalen Proletariats gegen den internationalen Kapitalismus. Er focht ihn dort, wo er ihn findet und wirksam treffen kann. Das ist: im eigenen Lande. Im eigenen Lande bekämpft er im Namen des internationalen Proletariats die eigene Regierung, die eigenen herrschenden Klassen als Repräsentanten des internationalen Kapitalismus.

In diesem dialektischen Prozeß, im nationalen Klassenkampf gegen den Krieg vertritt sich der internationale Klassenkampf gegen den Krieg.

Das ist der Sinn der Worte Jaures', die zum Motto meiner Ende März 1915 erschienenen Schrift: „Klassenkampf gegen den Krieg“ gewählt sind.

2. Würden die deutschen Sozialisten z. B. die englische Regierung und die englischen Sozialisten z. B. die deutsche Regierung bekämpfen, so wäre das eine Farce oder Schlimmeres. Wer den Feind, den Imperialismus, nicht in den Repräsentanten angreift, die ihm Auge in Auge gegenüberstehen, sondern in denen, die ihm und denen er weit vom Schusse ist, und noch gar unter Approbation und Förderung der eigenen Regierung (d. h. der ihm allein unmittelbar gegenüberstehenden Repräsentanten des Imperialismus), ist kein Sozialist, sondern ein trauriger Offiziosus der herrschenden Klassen. Eine solche Sorte Politik ist Kriegsbeberei und nicht Klassenkampf, sondern das Gegenteil davon.

Gemeiß hat der internationale Sozialist, und nur er, da er den Klassenkampf gegen die eigene Regierung führt, das Recht, auch die fremden Regierungen anzugreifen. Dafür aber finden sich in allen Ländern, auch in Deutschland, genügend Kräfte, Straußlosigkeit und Demagogie, so daß er seine ganze Kraft dem Angriff gegen die eigene Regierung widmen muß, um wenigstens der schlimmsten Wirrnis entgegenzuwirken.

Darum habe ich mich hier nicht mit den Sünden anderer zu befassen, sondern mit denen der deutschen Regierung; ja, es ist meine Pflicht, die fremden Regierungen gegen unberechtigte Vorkürnisse in Schutz zu nehmen, weil die Unwahrheit nirgends zu ichonen ist und weil solche Unwahrheit heute mehr als je dem verwerflichen Zweck der Völkerberückung, der Aufstachelung des Kriegshasses dienen.

Ich habe die ausländischen Regierungen, wo immer sich Gelegenheit bot, in ihren eigenen Ländern Aug in Aug angegriffen, und in Deutschland, wenn ich davon im Ausland einen Erfolg im sozialistischen Sinn erachtete oder damit zugleich die deutsche Regierung Aug in Aug angriff. Niemals werde ich es tun, wenn ich dadurch der Kriegsbeberei Vorschub leiste.

Wegen meines Kampfes gegen den Sozialismus und die zartliche Politik der deutschen Regierung bin ich jahrelang von den deutschen Behörden verfolgt worden. Unmittelbar vor Kriegsausbruch wurde ich allen parlamentarischen Ueberlieferungen zuwider vom preussischen Abgeordnetenhaus voller Hoß und Empörung deswegen dem Ehrengericht der Unmilitarität angeleitet, während des Krieges im November 1914 wurde das Verbot gegen mich mit einem Schuldigspruch beendet. Ich wurde das Weitaland dazu überreden, aus dem ersichtlich ist, wie ich unter den heutigen Verhältnissen Angriffe gegen feindliche Regierungen betrachte.

3. Es gehört zum Wesen des bewußten internationalen Kampfes, daß der Sozialist die Kooperation der Sozialisten in

allen Ländern als ein Ganzes überblickt, daß er bewußt in dieser Arbeitsteilung zu gemeinsamem Zweck an seinem Teil in seinen Lande mitwirkt, daß er bewußt seinen Kampf und den der Sozialisten in den anderen Ländern als sich ergänzende Funktion erkennt und so den Kampf auch gegen die Regierungen in sein Bewußtsein aufnimmt.

Dem Gegner im eigenen Lande gegenüber diesen internationalen Gesichtspunkt hervorzuheben, kann als ein Moment der Entschuldigung, der Unfeindlichkeit, der Unentschlossenheit erscheinen und so den Klassenkampf abschwächen. Wenn dieser Gesichtspunkt ausgesprochen werden muß, so nur zur Propaganda unter denen, die für die internationale sozialistische Politik gegen den Krieg zu gewinnen sind und um diese Politik bei denen, die sie betreiben, zu einer bewußten zu machen.

In solchem Sinn und in solcher Form tritt dem Krieg des Kapitalismus die soziale Revolution der Arbeiterklasse entgegen.

Armierungsoldat Liebkecht
(gegenwärtig im Zuchthaus Moabit).



Mar Borsdorf.

Eines jugendlichen Revolutionärs Leben und Tod.
Von Karl Kadek.

Krieg im Land! Brand im Land! So gell es von allen Seiten. In den Straßen wälzen sich schwarze Massen, von Angst gepetit. „Sie haben uns überfallen, wir müssen uns wehren“, ging es von Mund zu Mund, von Herz zu Herz. „Lieb' Vaterland magst ruhig sein“ Klang es bald, und hart wie Erz wurden die Gesichter. Nur hier und da begegnete man in den unermeßlichen Mengen Gruppen, denen man es ansehen konnte: fremd stehen sie diesem patriotischen Enthusiasmus gegenüber. Fremd, aber zaghaft. Ihre Miene suchten die alte, stolze rote Fahne, die ihnen bisher den Weg wies. Ihre Ohren warteten auf den Kampfruf der Partei, die bisher ihr Hirn war. Aber die rote Fahne wurde heruntergeholt, sie sank vor der schwarz-weiß-roten, die allein in der Augustluft flatterte. Und als die Parole am 4. August ausgegeben wurde, da lautete sie: Wir verteidigen das Vaterland. Die Welle ging über die Köpfe der sozialdemokratischen Arbeitererschaft hinweg und zog sie in den Strom der allgemeinen Stimmung herein.

Nur kleine, verschwimmend kleine Arbeitergruppen ließen sich vom Rhythmus der patriotischen Massenbegeisterung nicht mitreißen. Unter ihnen Mar Borsdorf, ein sechszehnjähriges Proletariatskind, in Leipzig. In seiner Brust schlug das lebende Herz, das die ganze Menschheit umfaßte, in seinem Hirn lebte, was er schon als Kind eingeatmet hatte: tiefer Glauben an den Sozialismus, der die Menschheit von den Graueln des Krieges befreien sollte. Und jetzt? Die Partei hat alles verraten, was sie verkündet, an was er kindlich blind geglaubt. Sie half jetzt das Kanonenfutter für den Brudermord begeistern.

Mar Borsdorf blieb fest. Aber eine große Traurigkeit kehrte in seinem Herzen ein. Die Sonne, die über seiner Proletariatsjugend stand, war ausgelöscht, die Sterne, die ihm den Weg in den Kampf zeigten, verschwunden. Mar Borsdorf suchte von älteren Genossen zu erfahren, was zu tun sei. Aber auch die, die dem Sozialismus treu geblieben sind, suchten den Weg nicht, scheuten vor der Tat zurück, sie warteten, bis der Rauch verfliegen sein

wird... Schwer ging Vordsdorf jeden Tag an seine Arbeit. Bisher abelte sie der Kampf, den er nach schwerer Fron für die Ideale des Sozialismus führte, jetzt war nur der Robot geblieben. Kalt war es um den jugendlichen Proletarier.

Da kam der 2. Dezember 1914. Ein Mann hob die in den Rot getretene Fahne des Sozialismus hoch auf, durchbrach mit ihr in der Hand die Reichen der zu Regierungsgewalten herabgesunkenen, pflichtvergessenen sozialdemokratischen Abgeordneten, deckte sie mit seiner Brust und verteidigte sie gegen die ganze Meute des Kapitals. Karl Liebknecht gab das Signal zum Kampf. Disziplinbruch, wetteten die, die die Grundzüge der Partei mit Füßen getreten haben; Voreiligkeit, Eigenmächtigkeit zirkelten die, die den Sozialismus nur mit Einwilligung seiner Verräter zu verteidigen sich getrauten; ein Heißhohn und schlechter Lauffer, rannten sie. Vordsdorf mußte gewiß wenig von den Taktik- und Taktfragen — war er doch noch ein „grüner Junge“ — aber er wußte, daß man für die Sache des Sozialismus kämpfen muß, er wußte, daß man zum Kampfe Massen aufrufen muß, er wußte, daß man dies nicht durch Parlamenten mit den Scheidemännern erreichen kann. Er jubelte Liebknecht zu. Er ging an die Arbeit unter seinen jugendlichen Arbeitsgenossen, um mitzuhelfen, daß eine Macht sich um den Mann sammle, der, heiß und besipunkt von der Bourgeoisie und den Sozialpatronen, im Stiche gelassen von den Lauen und Halben, mit seinen Gesinnungsgenossen die Reichen der Kämpfer zu sammeln begann.

Ein neues Leben begann für Max Vordsdorf. Mit seinem jugendlichen Verstand wußte er Stand zu halten dem Brennen der Parteiorganisation, die, obwohl Gegner des Verrats am Sozialismus, vorzüglich jedem scharfen Kampf aus dem Wege ging, das „Treiben“ der Jugendliehen mit irdischen Augen anlah. „Scharfe Debatten mit den Alten gehobt“, berichtet Vordsdorf am 21. Januar 1916 an einen Gesinnungsgenossen in der Schweiz. „Die Kämpfe mit der Partei verschärften sich“, schreibt er wieder am 23. März. In der harpnen Zeit, die ihm nach der Arbeit verblieb, galt es, die Verdrossenheit zu bekämpfen, die Jugendliehen anzurütteln, sie in Kampftruppen zu verwandeln. Jetzt war es wieder wert, zu leben. In der Werkstatt schliefen die Stunden nicht mehr träg, denn da galt es, alles zu überlegen. Und in den Stunden nach der Arbeit, da floß nur so die Zeit. Von der Jugendaufzucht in die Jugendaktionen, von denen in die Parteistellungen. Und dazu galt es zu sein, zu korrespondieren. Max Vordsdorf wuchs über sich hinaus. Er wurde zu einem der tätigen Jugendgenossen. Seine Intelligenz, seine Energie, seine Liebe zur Sache, eroberten ihn die Herzen der jugendlichen Genossen, die Achtung der Erwachsenen, die gleich wie er sich um Liebknecht zu scharfen begannen.

Bald wurde die Polizei auf die Tätigkeit Vordsdorf aufmerksam. „Wir haben jetzt tüchtig mit den Behörden zu tun... Es sitzt ein Spökel in unseren Reichen, dem wir schon auf die Spur kommen werden. Ich selbst schwebte in Gefahr. Verschiedene Diskussionsreden sind durch ihn der Polizei bekannt geworden. Na, werde es schon ertragen. Zu was bin ich denn Sozialist? Laß mir nur bald neues Material zukommen!“ schrieb Vordsdorf am 2. Januar 1916. „Wir haben jetzt herrliche Kämpfe mit den Polizeibitteln durchzuführen. Vor Kurzem war eine Frauenversammlung. Anschließend machten wir eine Demonstration. Daraufhin haben zwei Freunde von mir... Haft wegen unerlaubten Sängens der Marseillaise getriegt. Wir werden trotz allem Sieger sein. Allen Gewalten zu Trutz sich erhalten!“ schrieb er im März 1916. Bald begannen die Hausdurchsuchungen, einmal nach dem andern. Max Vordsdorf unterbrach seine Tätigkeit für keinen Augenblick. Ueber ihn schwebte das Schwert der militärischen Erziehung. Jugendliehen, denen die Sozialdemokratie das Recht des Mitpredigens bei politischen Entscheidungen in der Partei abweicht, weil die Jugend erst zur Teilnahme an der Politik erzoogen werden muß, sie werden im 18. Lebensjahre auf die Schlachtfeld geführt, damit sie helfen. Das Vaterland der Kapitalisten zu verteidigen. Daß der Moment der Einbeziehung durch seine agitatorische Tätigkeit, durch die Konflikte mit den Behörden nur beklagt wurde, wußte Vordsdorf gut. Aber er wollte nicht. Er schaute sich um nach einer Stelle nach der Schweiz, um — bevor der Pulss des Krieges seine Jangarme nach ihm ausstrecken würde — sich mit Gesinnungsgenossen auszupredigen. „Wenn ich mehr verdienen würde und nicht mehr Lehrling zu sein brauchte, ich

käme wahrlich vor meiner Militärzeit einmal zu Dir!“ schrieb er am 25. Januar 1916. Sein Traum sollte nicht erfüllt werden. Er wurde mit mehreren anderen Genossen wegen der Verbreitung der „Jugend-Internationale“ festgenommen und sofort in die Kaserne gesteckt. Jetzt sollte er, der revolutionäre Kämpfer gegen den Krieg, lernen, wie man seine Brüder, die Arbeiter anderer Länder tötet.

Welche Kämpfe Max Vordsdorf in der Kaserne auszusetzen hatte, was er unter den Gedanken an den immer mehr heranrückenden Kriegsdienst litt, wissen wir nicht. Wir wissen nur, daß er auch in der Kaserne seine Arbeit unter den wachsam Augen der Behörden trieb, daß er im steten Kontakt mit den Gesinnungsgenossen verblieb, die um sein Geschick zitterten.

Während seine der Verbreitung der „Jugend-Internationale“ mitangelegten Kameraden im Dezember 1916 vor die Richter gestellt wurden, mußte Max Vordsdorf ins Feld. Im Westen lag er im Schützengraben französischen Arbeitern gegenüber und verließ war es die Hand eines jugendlichen Sozialisten, die am 1. Januar 1917 das Gewehr abbrachte, dessen Kugel Max Vordsdorf einen scharfen Bauchschuß beibrachte.

Zwei Tage lang in einem Feldlazarett Vordsdorf mit dem Tode. Ob ein gütiges Geschick mit einer Wolke der Bewußtlosigkeit sein Kämpferleben umhüllte, ob er die schrecklichen Leiden bewußt durchzuhalten hatte, wir wissen es nicht. Aber wir sind sicher, daß jeder klare Gedanke, zu dem er in dem Fieber der Agonie noch fähig war, neben seiner geliebten Mutter nur dem Sozialismus galt.

Am 3. Januar war es mit dem jugendlichen Kämpfer zu Ende. Er, der alles Zeug in sich hatte, einmal Arbeiterbataillone in den Kampf auf Leben und Tod gegen den Kapitalismus, für die Befreiung des Volkes zu führen, fiel im Kampfe für den Kapitalismus. In zwei Jahren vom Kinde zum Manne, zum bewährten Kämpfer gereift, ist er im Alter von 18½ Jahren zum Opfer des Melocks geworden, bevor seine große Begabung, seine Energie, sein Enthusiasmus all die großen Früchte bringen konnte, die von ihm jene erwarteten, die ihn kannten. Aber umsonst waren seine Arbeit, seine Opfer nicht. Er setzte immer seine ganze Persönlichkeit für die Sache ein, er zeigte anderen den Weg, er bewies durch die Tat, daß auf den Ruinen der verfallenen, in ein Werkzeug des Kapitalismus verwandelten Internationale ein neues Leben blüht, daß eine Jugend-Internationale aufwächst, die bereit ist, für den Sozialismus ihr Leben zu geben.



Krieg und Kirche.

Die Armees wie die Kirche ist die Welt der Rechtsunkehr, der Begünstigung, der Willkür, des passiven Gehorians, der Verachtung des menschlichen Lebens, der menschlichen Würde. Sie ist, sagt man, der Herd des Heidentums und der Hingebung; sie ist auch der Herd des Verrats und der Freigebit. Leset in den Memoiren und Korrespondenzen der Zeit die Klagen von Soldaten aller Grade unter dem Konsulate und ersten Kaiserreiche. Da ist keine Spur von Moral, keine Frage nach Recht und Geseh. **Schlägt er sich gut?** fragte ein General in bezug auf einen Soldaten, der wegen Notzucht vor dem Kriegsgerichte stand. — Ja! — **Seid nachsichtig.** — Ebenso sagt die Kirche: **Geht er zur Messe?** — Ja! — **Seid nachsichtig.** — Das Verbrechen des Soldaten wie das des Christen wird nur ein schwereres, insofern es den Befehl, die Hierarchie, die Disziplin verlegt. P. J. Prondhon.

Bestie und Mensch.

Es liegt schon in der Abstammung des Menschen aus dem Tierreich; daß der Mensch die Bestie nie völlig los wird, so daß es sich also immer nur um ein Mehr oder Minder, um einen Unterschied des Grades der Bestialität resp. Menschlichkeit handeln kann. F. Engels.

Internationale Rundschau.

Streiks und Massenkämpfe in Deutschland.

Ueber die Situation in Deutschland



zufrieden geben, wofür sie von der Gewerkschaften verurteilt worden sind.

Den Beginn der aktiven Umkehr der Massen zur Politik des Sozialismus bildet diesmal — bezeichnenderweise — der 1. Mai. In Berlin hat die Maidemonstration auf dem Potsdamer Platz, die trotz aller äußeren und inneren Widerstände zu einem achtunggebietenden Erfolg geführt hatte, zum erstenmal nach längerer Zeit wieder mit dem Mißmut und der Gedrächtheit aufgedrückt, die sich seit der letzten mißlungenen Demonstration im Dezember 1915 zwar nicht der Arbeiterschaft, aber der führenden Kreise der Berliner Partei bemächtigt hatte. Diese Demonstration ist ihrerseits durch ihr Mißgeschick, den Liebknechtsprozeß, zum Ausgangspunkt und Ansporn für die folgenden Kundgebungen im Mai und Juni geworden, wie sie dadurch zweifellos auch auf die Internationale lebend und aufrüttelnd gewirkt hat. So hat sich einigermaßen das schwere Opfer bezahlt gemacht, das sie in der Person Karl Liebknechts der Bewegung gekostet hat.

Die Maifeier, die auch im Reich aus der Initiative derselben oppositionellen Richtung hervorgegangen ist wie die Berliner Demonstration, hat in anderen Städten zu noch schöneren Resultaten geführt. An den 1. Mai schließt sich der tapfere und siegreiche Kampf der Braunschweiger Jugend gegen den Spatzzwang — ein Kampf, vor dem die allgewaltige Militärabritatur die Waffen strecken mußte und der ihrerseits, einen Monat später, die Magdeburger Jugend zu einer ebenso tapferen und ebenso siegreichen Abwehr des Spatzzwangs ange-regt, wie auf die Jugendbewegung im ganzen Reiche vorbildlich ein-gewirkt hat.

Die Hungerkrawalle ziehen sich durch den Mai und Juni fast in ununterbrochener Kette als handgreiflicher Beweis, daß die Erbitterung der Massen bereits als Elementarerscheinung an die Oberfläche tritt und für die aufrüttelnde Agitation der sozialistischen Elemente der Partei den günstigsten Boden bereitet, diese Agitation aber auch zur unabwiesbaren Pflicht macht. In Leipzig war schon Mitte Mai als Antwort auf massenhafte Hungerkrawalle der verschärfte Belage-rungsstand verhängt, und unser braves Heer nahm „siegreich“ von den Straßen und Plätzen Besitz. In Kiel führte die Not der Massen Mitte Juni zum Proteststreik und zur Straßendemonstration der Ar-beiter, Münchener Werken. Ende Juni rüdte in München unser zumreichendes Heer gegen revolvierende Massen aus. In Magdeburg, Braunschweig, Esenabrück, Jena, Hannover — allenthalben gab es größere oder geringere Krawalle, die zum mindesten zeigten, daß das Volk unjähig, seine Kammsgeduld und Hundebemut zu verlieren.

In Stuttgart, wo der Belagerungsstand gegen die radikale Oppositi-on — dank der moralischen Unterstützung durch die „Sozial-demokratie“ der Reil und des Parteivorstandes — besonders wütet, hat es in den letzten drei Monaten mindestens 400 Verhaftungen ge-geben.

Den Höhepunkt dieser heugenden Wege des Kampfes bildet der Massenstreik der Munitionsfabriken in Berlin am 28. bis 30. Juni, der sich 35.000 Arbeiter auf die Straße führte, und der am 27. und 28. Juni wunderbar durchgeführte Massenstreik in Braunschweig — gleichfalls hauptsächlich in den Munitionsfabriken — beide als Protest gegen die Verurteilung Liebknechts und gegen den Krieg.

In Bremen war die Demonstration als Protest gegen den Pro-zeß Liebknecht für Donnerstag, den 29. Juni, geplant worden. Aber schon am Montag erschien eine ansehnliche Masse auf der Straße. Hauptsächlich Werftarbeiter und Frauen marschierten unter Hochrufen auf Liebknecht zum Markt, den man trotz des Eingreifens der Polizei zum Teil auch erreichte. Besonders frohlich ging die Polizei vor dem Gewerkschaftshaus gegen die Menge vor. In den Hauptstraßen der Stadt war ein hartes Menchengewühl, mit dem die Polizei nicht viel anfangen konnte. Am Markt wurden einige Verhaftungen vorgenom-men, denen auch Bestrafungen folgten. Das war der Montag. Am Dienstag — ohne jede Vorbereitung — ein ähnliches Bild. Wenn es auch zu keinen geschlossenen Zügen kam — die Polizei trieb schon Kin-deransammlungen auseinander — so fanden doch an vielen Ecken Zu-sammenrottungen statt. Am Mittwoch desgleichen. Die Stimmung war großartig. Der Donnerstag kam. In der vorhergehenden Nacht wurden viele Flugblätter verbreitet, angeklebt usw. Abends gegen 8 Uhr begann der Tanz. Die ganze Stadt war sozusagen auf den Beinen. Die Hauptstraßen waren von Arbeitermassen überflutet, die zum Teil ruhig auf und ab spazierten, zum Teil Liebknecht hochleben ließen, „Wieder mit der Regierung“ riefen usw. Die Polizei war sehr aufgeregt und ging mit äußerster Schärfe vor. Aber da die ganze Stadt voll Menschen war, vermochte sie keinen Plan in ihre Berpiti-lerungsarbeit zu bringen. Sie trieb die Menge planlos hierhin und dorthin, und das Bild war im nächsten Augenblick wieder dasselbe. So verlief die Demonstration so ein-drucksvoll wie nur möglich. Die Polizei sperrte schließlich die Vorstadt gegen die Innenstadt ab, so daß alle, die in die Innenstadt wollten, umkehren mußten. Gegen 11 Uhr, nachdem die Masse schon teilweise in die Vorstädte gerück-gelutet war, und die Polizei sich sicherer fühlen mochte, machte sie kurzen Prozeß mit dem Rest. Sie ging mit Brutalität gegen wehr-lose Menschen vor. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

Am darauffolgenden Montag streikten die Arbeiter der A.-G. Wefer. Die allgemein erregte Stimmung hatte zusammen mit der drückenden Nahrungsmittelknappheit bewirkt, daß die Arbeit geschlos-sen niedergelegt wurde. Es wurden dann Lohnforderungen gestellt und die Aktion, die zuerst einen imposanten Antritt hatte, verlief im Sande. Nach zwei Streiktagen nahm man die Arbeit wieder auf, legte sich aufs Verhandeln und wurde grünllich übers Ohr gehauen, indem man sich mit wenigen Kennigen zufrieden gab.

In Leipzig wurde zum Protest gegen Liebknechts Verurteilung das Flugblatt „24 Jahre Zuchthaus“ verbreitet. Zahlreiche Exem-plare dieses Flugblattes waren nachts an die Anschlagstulen geklebt worden.

Aus Stuttgart wird uns über die Kundgebung am Montag, dem 28. Juni, geschrieben: Die Demonstrierenden sammelten sich gegen 8 Uhr auf dem Karlsruh und zogen singend und rufend nach dem Char-lottenplatz, wo 2000 Menschen versammelt waren.

Zuerst griffen Kriminalbeamte, ohne sich erkennen zu geben, ein. Sie haben sofort mit Gummimäppeln auf die Leute eingehauen, und zwar wohllos auf Männer und Frauen, junge und alte.

Dann erschienen in großer Anzahl uniformierte Schulente mit Revolvern umgürtet, die Schuppenfette herunter. Einige haben blank gezogen. Der Angriff geschah unter der Anführung des Kriminal-ommissärs Maufsch (früher in in Halle a. d. S.).

Es wurden, nachdem die Menge auseinandergeprengt worden war, eine Menge Verhaftungen vorgenommen. Man holte auch nach Gut-dinen bekannte Genossen aus Wirtschaften heraus, da einige Wirt-schaften, in denen die Genossen verkehren, unter kändiger Polizeiauf-sicht stehen.

Aus Kojernen wird berichtet, daß überall die Bereitschaftskom-mandos aufgeboden und mit scharfen Patronen ausgerüstet worden waren; zum Ausmarsch kam es aber nicht.

Die allgemeine Stimmung der Bevölkerung war und ist, nicht zum wenigsten wegen des Verhaltens der Polizei, eine für die Ar-beiterschaft günstige.

In Braunschweig begann der Proteststreik für Liebknecht am Dienstag, dem 27. Juni, mittags. Er wurde am Mittwoch fortgesetzt. Insgesamt streikten rund 8000 Arbeiter, darunter auch alle großen Betriebe, so daß fast in der ganzen Stadt die Arbeit ruhte. Auch das Parteiblatt, der „Volkfreund“, erschien aus Anlaß des Streiks am 28. Juni nicht.

Ein sehr bekannter Führer der deutschen Opposition schreibt uns ferner über

Das Hilfsdienstgesetz und die Sozialpatrioten in Deutschland:

Zweieinhalb Jahre sind nun verfloßen, seitdem die deutsche Sozialdemokratie, einst Vorkühlerin des internationalen Sozialismus, mit diesem gebrochen und sich in den Dienst der nach Weltmacht strebenden kapitalistischen preußisch-deutschen Regierung stellte. Daß sie sich dadurch als unfähig erwiesen hat, die ihr übertragene historische Aufgabe, das Proletariat von den Fesseln des Kapitalismus zu befreien, wie dies Marx und Engels in der Begründung des wissenschaftlichen Sozialismus niedergelegt und man auch die Massen 30 Jahre lang belehrte, zu lösen, vermögen auch die redgewandtesten Verteidiger dieser national-sozialistischen Politik nicht hinwegzujähen. Indes, jedes politische Denken und Handeln bedingt bestimmte Konsequenzen, und dieser schiefe Weg, von der Sozialdemokratie einmal beschritten, muß er auch weiter gegangen werden. Wenn nicht, jetzt ist sich der Gefahr aus, daß sie von der Regierung bloßgestellt, die geheimen Besprechungen, welche die leitenden Personen dieser Partei mit der Regierung in reichem Maße pflegten, der Öffentlichkeit übergeben würden. Würde erst dieser geheime Kuhhandel, in den vier Wänden des Reichskanzlerpalais gepflogen, in seinen wesentlichen Formen bekannt, zweifellos würden die Arbeiter noch mehr, als dies ohnehin schon der Fall ist, der vorhängemüßigen Partei den Rücken kehren. Diese würde hierdurch sowohl bei den Arbeitern als auch bei der Regierung jeden Halt verlieren. Ihre Abdankung als politischer Machtfaktor wäre die Folge. Aber eben um diesen schmachvollen Abgang von der politischen Bühne zu vermeiden, fügen sie sich, von kleinen, von der Regierung offenbar genehmigten Scheinmanövern abgesehen, ganz ergeben mit dem preußischen Säbelregiment. Ja man gibt sich alle Mühe, den Arbeitern den Krieg und alle seine Begleiterscheinungen, selbst die tief einschneidendsten Maßnahmen mündgerecht und schmachtig zu machen. Daß dabei selbst die elementarsten Rechte der Arbeiter preisgegeben werden, geniert diese „Arbeiterführer“ herzlich wenig.

Diese Handlungsweise der offiziellen Sozialdemokratie, der Gewerkschaften nicht minder, hat aber auch noch andere Bedeutung. Sie wollen damit bezwecken, bei dem militärischen Ningen den Sieg an Deutschlands Fahnen zu heften. Denn eine entschiedene Niederlage Deutschlands würde für sie ebenfalls die Abdankung bedeuten. Darum auch die jämbe Durchhaltepolitik.

Aber selbst auch dann, wenn Partei und Gewerkschaften ihre jetzige Nationalpolitik weiterverfolgen, wozu sie ja, wie eben ersichtlich, durch die verschiedenen Umstände gezwungen sind, wird sie den Arbeitern immer mehr die Augen öffnen. Je länger nämlich der Krieg dauert, um so tiefer einschneidende Maßnahmen ins politische und wirtschaftliche Leben, und dadurch auch in das private Leben des einzelnen erfordert er. Schritt um Schritt wird der Arbeiter seines Rechtes beraubt, jeder freihetliche Sauch vollends erstickt.

Die neueste Maßnahme in dieser Hinsicht ist das sogenannte „vaterländische Hilfsdienstgesetz“. Dieses Gesetz bestimmt, daß jeder männliche Deutsche vom 17. bis 60. Lebensjahr, soweit er nicht zum Dienst in der bewaffneten Macht einberufen, in solchen Betrieben und Einrichtungen, die unmittelbar oder mittelbar für die Kriegführung oder Volksversorgung von Bedeutung sind, sich Beschäftigung zu suchen hat. Soweit dieser Aufforderung nicht freiwillig Folge geleistet wird, kann zwangsweise Ueberweisung stattfinden. Alter, Familienverhältnisse, Wohnort und jetzige Tätigkeit sollen berücksichtigt werden. Ein Hilfsdienstpflichtiger darf eine ihm überwiesene Arbeit ohne schriftliche Einwilligung des Arbeitgebers nicht verlassen und ohne diese Bewecheinigung auch in einem andern Betrieb nicht in Beschäftigung genommen werden. Zur Erledigung von Differenzen sind Kommissionen gebildet, deren Vorgesetzte Offiziere und der übermäßigste Teil der Beisitzer Staatsbeamte und Arbeitgeber sind. Wörtlich heißt es in diesem Gesetz: Mit Verhängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10,000 Mark, oder mit einer dieser Strafen und mit Haft wird bestraft: „Wer auf Grund des Gesetzes einer angeordneten Ueberweisung zu einer Beschäftigung nicht nachkommt oder sich ohne dringenden Grund beharrlich weigert, die ihm zugewiesene Arbeit zu verrichten.“ Ueber das Außerkräftigen des Gesetzes verfügt der Bundesrat. Falls es nicht früher außer Kraft gesetzt wird, verliert es seine Gültigkeit 1 Monat nach Friedensschluß.

Also ist man im Deutschen Reich glücklich bei gesetzlicher Zwangsarbeit angelangt. Nicht etwa, daß nun auch selbst die obersten Schmarotzer und Tagediebe zum Arbeiten verdammt würden, für die hat auch dieses Gesetz, wie üblich, eine Hintertüre offen gelassen. Die breite Volksmasse, die durch die heutige Wirtschaftsweise ohnehin schon zum Arbeiten gezwungen ist, soll zur äußersten Kraftanstrengung angepornt werden. Der Zweck ist klar. Der Krieg hat schon kurze Zeit nach seinem Beginn nicht mehr den Verlauf genommen, wie ihn die deutschen Kriegsbefehrer gewünscht und berechnet hatten. Man ist mit dem preußischen Militarismus in eine Sackgasse geraten, aus der es ein Heraus nicht gibt. Friedensbemühungen ernsthafter Natur läßt der Preußenstolz nicht zu; denn weshalb ist denn der Krieg überhaupt? So wird nun alles aufgeboten, Waffen, Munition und sonstige direkte und indirekte Kriegsmittel ins ungeheure gesteigert. Das militärdienstpflichtige Alter will man aus moralischen Gründen nicht erhöhen. Es muß deshalb jeder waffenfähige Militärdienstpflichtige an die Werkbank gesetzt, um im Geeresdienst als Rationenfutter verwendet zu werden. Durch diese Kraftanstrengungen soll verjuchert werden, zu retten, was noch zu retten ist. Mit welchem Erfolg, wird sich zeigen.

Das Hilfsdienstgesetz ist also ein ausgesprochenes Kriegsgezet. Daß es als solches nur Knebelung und Sklaverei für die Arbeiter bedeutet, was will man anderes erwarten? Was nützt es, wenn diesen Beschwerderecht bei den Gewerbegerichten und Hilfsdienstkommissionen zuteilt? Oder glaubt jemand im Ernst, daß die Arbeiter bei den oben genannten Kommissionen zu ihrem wirklichen Recht gelangen werden? Wie will sich dann aber das Proletariat seinem Recht noch Geltung verschaffen? Das Vereins- und Versammlungsbrecht hat man ihm zwar gewährleistet. Die Arbeiter dürfen also auch in Zukunft Beiträge bezahlen, dürfen sich versammeln, dürfen reden, ja sogar schimpfen, lauter Dinge, welche die Unternehmer nicht weiter genieren. Wissen sie doch, daß diese damit nichts ernstliches ausrichten können; denn das einzige wirksame Machtmittel, über das der Arbeiter verfügt, die Arbeitsverweigerung, der Streik, ist diesem durch das Gesetz als bisher erlaubtes Kampfmittel entzogen, es anzuwenden ist mit hoher Strafe bedroht.

Interessant ist auch zu erfahren, wie das Hilfsdienstgesetz der deutschen Arbeiterkraft durch die Partei und vor allem durch die Gewerkschaften serviert wurde. Interessant schon deshalb, weil hierdurch der beste Beweis für die Richtigkeit der eingangs erwähnten Handlungsweise der Partei und Gewerkschaften erbracht wird. Erst war es, wie dies in Deutschland seit Kriegsausbruch üblich ist, das Palais des Reichskanzlers, wo zwischen der Regierung, Partei- und Gewerkschaftsvertretern über das Gesetz, richtiger gesagt, um die Arbeiterkraft, geschachert wurde. Charakteristisch ist, daß die „Arbeitervertreter“ sich erst bereit erklärten, dem Gesetz zuzustimmen und mitzuarbeiten, als ihnen von der Regierung zugestanden wurde, daß auch die Gewerkschaften und Arbeiterretariate als vaterländischer Hilfsdienst betrachtet würden.

Ganz natürlich! Nachdem das Gesetz im Parlament durchgepeitscht war, wurde eine Konferenz der Gewerkschaften sämtlicher Schattierungen veranstaltet.

Mit sichtlicher Freude und Genugtuung wurde die Anwesenheit mehrerer Vertreter der Regierung der Welt kund getan. Große Reden wurden gehalten, den Arbeitern weis gemacht, wie wichtig und notwendig dieses Gesetz im Interesse des Vaterlandes und auch dadurch für die Arbeiterbewegung sei. An den Soaren wurden die angeblichen und scheinbaren Rechte und Vorteile der Arbeiter durch dieses Gesetz herbeigezogen, um die verhängnisvolle Verschlechterung, völlige Knebelung und Freiheitsberaubung zu verschönern und zu verhüllen. Daß auch die sozialpatriotische Presse im selben Fahrwasser gondelt, wen wundert das noch?

Leisten nun angehts dieser Handlungsweise Partei, Gewerkschaften und deren Pressen nicht geradezu Geldhaftes fürs Durchhalten? Nehmen sie durch diesen schmachlichen Volksverrat und Verschäderung des Proletariats sowie durch die beschriebenen Unterfüngsausablungen den heutigen kapitalistischen Klassenstaat nicht riesige Lasten ab, die nur diesem zugute kommen? Wahrhaftig, wirklich vaterländischer Hilfsdienst, möglich nur durch das blinde Vertrauen der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder zu den Führern, welche dieses Vertrauen schmöde mißbrauchen. Was soll nun werden, wenn es so weiter geht? Unwillinglich taucht die Frage auf: Hat das Proletariat wirklich gar keine Mit-



Ein Sozialpatron, an „höherer Stelle“
die Arbeiterinteressen vertretend.

teil mehr, sich vor der Ausbeutung und Sklaverei zu befreien? Sowohl, es hat Mittel, nur darf es weder Kampf noch Opfer scheuen und hierzu wird es sich auch aufraffen, wenn es sich einmal klar ist, daß mit all den vielen und schönen Worten und Beschläffen einfach nichts anzufangen und nichts zu erreichen ist. Daß die herrschende Klasse nicht durch Moralpredigten die Macht aus den Händen gibt, der sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht freiwillig den Platz räumt. Diese muß erkämpft werden. Die Tat selbst kann im Prinzip nur in der unterschiedenen Arbeitsverweigerung bestehen, welche naturgemäß Militärdienst und somit regelrechte Revolution zur Folge hat. Gewiß, es ist hart, an solche Probleme herangehen zu müssen. Aber es muß geschehen, soll unsere Bewegung nicht wieder in dieselbe Phrasenologie verfallen wie vor dem Kriege.

Jetzt während dem jetzigen Krieg ein einheitliches Vorgehen nach dieser Richtung ziemlich unwahrscheinlich, umso mehr muß für kommende Zeiten gerüstet werden. Ein großer Teil die-

ser Aufgabe fällt vor allem der kampfbereiten Proletariatsjugend zu. Sie ist die kommende Generation. Sie hat zu entscheiden, was werden soll. Nicht die Kraft übertreiben und nicht überschätzen, aber auch nicht die Gefahren, sondern der Wirklichkeit und dem, was vor uns steht, mit klarem und entschlossenem Blick entgegenzusehen. Nie unser hohes ideales Ziel, den Sozialismus, aus dem Auge lassen. Für ihn zu kämpfen und Opfer bringen, muß doch wesentlich leichter sein, als sich in kapitalistischen Kriegen für Interessen seiner eigenen Totfeinde millionenweise hinzuschlachten.



Der Ministersozialismus in Dänemark.

Als die Parteipresse die Nachricht brachte, daß Genosse Christensen, der Führer der Jugendlichen in Dänemark und Vertreter im Internationalen Jugendbureau, anlässlich der Ministerdiskussion seiner Partei eine unentschlossene Haltung eingenommen habe, haben wir ihn um eine Schilderung und Darstellung des Vorganges und die ihn bestimmenden Verhältnisse. Unserm Wunsch kam Genosse Christensen mit folgenden Zeilen nach:

Ein dänischer sozialdemokratischer Parteikongreß, mit 48stündiger Frist einberufen, hat mit 293 Stimmen gegen 32 (3 enthielten sich der Stimmabgabe) gutgeheißen, daß ein Sozialdemokrat in das Ministerium eintritt. Zum Minister wurde Th. Stauning erwählt.

So sind die Tatsachen in ihrer ganzen Nacktheit. Mit einer fast ungläublichen Geschwindigkeit ist die dänische Sozialdemokratie in den „Ministersozialismus“ hineingeraten. Das ganze ist so schnell gegangen, daß es einem fast wie ein böter Traum vorfaunt, aber es ist nur trotzdem die graue Wirklichkeit mit dem ersten dänischen sozialdemokratischen Minister, wenn er auch „ohne Portefeuille“ ist.

Um diese Tatsache richtig zu verstehen und zu schätzen, ist es indessen notwendig, daß man die näheren Umstände dabei kennt, sonst riskiert man leicht, sich Irztümmern schuldig zu

machen, wie es z. B. mit einzelnen Parteigenossen in andern Ländern der Fall zu sein scheint.

Wie bekannt, hat Dänemark seit 1913 ein „radikales“ Linksmilieu, das sich auf eine Volkstheilmehrheit stützt, bestehend aus 32 radikalen Linken und 32 Sozialdemokraten, während die Opposition aus 4 moderaten Linken und 8 Rechten bestand. Die ursprüngliche Aufgabe dieses Ministeriums war, eine Verfassungsverbesserung durchzuführen. Nachdem dieses am 5. Juni 1915 gelungen war, einigten sich indessen alle Parteien darüber, daß die Verfassung erst nach Ablauf eines Jahres in Kraft treten sollte, und am 5. Juni dieses Jahres wurde die Frist noch um ein Jahr verlängert. Infolge dieses Aufschubs des Inkrafttretens der Verfassung ist das Ministerium indessen sitzen geblieben, indem es versucht hat, über alle zu treffenden Maßregeln möglichst Einigkeit zu erlangen, was umso mehr notwendig war, als die konservativen Parteien in der ersten Kammer des Reichstages die Mehrheit besitzen.

Und das politische Leben in Dänemark hat sich denn auch sehr regungslos und idyllisch gestaltet, bis vor zwei Monaten.

Da brach nämlich einer der bestigsten politischen Stürme aus, der seit langem im dänischen öffentlichen Leben gewütet hat.

Der offizielle Anlaß dieses Sturms war, daß die Regierung die drei Antillen, die Dänemark in der Nähe des Panamakanals besitzt, an Amerika verkaufen wollte. Die wirklichen Ursachen waren jedoch teils, daß die moderate Linke, mit J. C. Christensen an der Spitze, heiß wünschte, das Ministerium zu stürzen, weil es der Arbeiterklasse gegenüber mit Lenkungsmaßnahmen zu entgegenkommend gewesen sei (die doch keineswegs betriebliegend waren), und teils, daß das Ministerium nach Ansicht der fraktesten Militärs nicht hinlängliche militärische Maßregeln getroffen hat (obwohl das Ministerium doch in dieser Beziehung sehr viel getan hat). Daher erhoben die Rechte und die Linke einen bestigen Kampf gegen das Ministerium und weigerten sich, den Antillenverkauf in der ersten Kammer zu bestätigen, bevor die Reichstagswahlen stattgefunden hatten.

Da meldete sich indes der König, — offenbar nach dem besten dänischen Muster. Er ersuchte die „unartigen“ Politiker, sich zu vertragen, und als Einigungsbasis schlug er vor, ein „Sammelmilieu“ zu bilden, so daß „in jeder Wähler während der Kriegszeit in „des Königs Rat“ vertreten sei“, eine in Dänemark bisher unbekannte Bezeichnung des verantwortlichen Ministeriums.

Der „schöne“ Gedanke des Königs scheiterte jedoch, wesentlich weil man sich nicht darüber einigen konnte, welche Parteien im Ministerium die Mehrheit haben sollten; man dachte sich, das Ministerium aus 18 Mann zusammenzusetzen, drei von jeder Partei, und dann eine Art radikal-moderater Linkspolitiker als Ministerpräsident — und die Sozialdemokratie entging dadurch dem Ministersozialismus, glaubten viele. Aber was geschieht? Statt zur Wahl zu gehen, setzten die Reichstagspolitiker ihre „Verhandlungen“ ins Unendliche fort, und eines schönen Tages, da die Deffenlichkeit längst aufgegeben hatte, sich aus dem politischen Wirrwarr herauszufinden, traf wie eine Bombe die Nachricht ein, daß man sich jetzt geeinigt hätte. Das Ministerium sollte sitzen bleiben, aber mit 3 Ministern „ohne Portefeuille“ versehen werden (angeheftete Kontrollapparate nannte J. C. Christensen später diese Leute).

Die Reichstagsgruppe der Sozialdemokratie hatte zunächst vorge schlagen, daß diese drei Männer nicht Minister sein sollten, sondern nur ein permanenter ratgebender Ausschuß; die andern Parteien forderten indessen, daß es Minister sein sollten, und man verlangte auch, daß die Sozialdemokratie einen Mann dazu delegieren sollte.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion akzeptierte dann, unter Vorbehalt der Genehmigung des Parteikongresses, die vorliegende Vergleichsvorlage.

Dies geschah am Mittwoch, dem 27. September, — Samstag, dem 29. September, wurde dann der Parteikongreß abgehalten. Trotz der kurzen Frist war es gelungen, fast alle Repräsentanten zu sammeln, aber selbstredend war die Lage nicht in den Parteiorganisationen durchdringt worden; jedoch wäre die Stellung kaum wesentlich anders geworden, wenn man auch mehr Zeit gehabt hätte. Das Entscheidende auf dem Kongreß war nämlich nicht die prinzipielle Haltung zum Ministersozialismus. Sicher

ist es, daß die Dreiviertel der Kongreßteilnehmer, wie auch die übergroße Mehrheit der Reichstagsgruppe, dagegen sind, daß die Sozialdemokratie an einem Ministerium sich beteilige, bevor sie die Mehrheit hat, was denn auch in einem Parteikongreßbeschluss vom Jahre 1908 ausgedrückt ist.

Wenn man trotzdem dem vorliegenden Vorschlag beistimmt, tat man dies aus außerpolitischen Gründen. In Dänemark ist die Bourgeoisie vorwiegend entente-freundlich, und es existiert eine gewisse militärisch-nationalistische Presse, die — fast wie die schwedische Aktivistenpresse, wenn auch etwas verborgener — tagtäglich daran arbeitet, deutschfeindliche Gefühle in der Bevölkerung zu verbreiten, und diese Agitation wird in solcher Weise ausgeführt, daß sie imstande ist — und es tatsächlich auch getan hat — in Deutschland darüber Zweifel zu erwecken, ob wirklich auch das ganze dänische Volk seine Neutralität bewahren will. Was ein Zweifel in dieser Bevölkerung bedeuten kann, — darauf näher einzugehen ist sicher überflüssig. Und in der Einleitungsrede, die Stanning auf dem Kongreß hielt, gab er hierüber Auskünfte, die für die meisten bestimmend wurden. Für einen anderen Teil war wiederum ein anderes Motiv von großer Bedeutung, dasjenige nämlich, daß bei einer Wahl jetzt — und eine solche wäre eine unvermeidliche Folge der Ablehnung gewesen — würde die Mehrheit der Partei für eine Wahlallianz mit der radikalen Linken gestimmt sein, und alsdann könnte man leicht der Eventualität gegenüber zu stehen kommen, daß wir zusammen mit der radikalen Linken ein Ministerium bilden sollten, und diese Eventualität wäre noch abschreckender als die vorliegende. Um daher teils eine Ordnung zu erzielen, wodurch die genannte Presse und ihre Agitation isoliert wird, und um teils die Wahl bis nach dem Kriege aufzuschieben zu können (und dann allein zur Wahl zu gehen), stimmte die Mehrheit der Delegierten dem Ministerialismus bei.

Zelfstredend verkündete jedoch ein Teil der großen Mehrheit, mit dem gegenwärtigen und dem früheren Redakteur von „Social-Demokraten“ (die Herren Borgbjerg und Winblad) samt (jedoch etwas vorzichtiger) Stanning an der Spitze, daß es zum besten Weg war, den die Sozialdemokratie immer hätte gehen wollen.

Ein wesentlicher Einwand gegen die getroffene Ordnung ist der, daß damit nicht völlig die Ruhe, die wegen der auswärtigen Politik notwendig sein sollte, gesichert wird; diese Tatsache in Verbindung mit der Auffassung, daß die vorliegende Lage eine Konjunktur der Politik der beiden letzten Kriegsjahre ist, bewirkte, daß einzelne, darunter der Unterzeichnete und der Redakteur von „Fremad“, sich der Stimmabgabe enthielten.

Es gab jedoch einen kleineren Teil von Delegierten, im ganzen 32, der nicht zugeben konnte, daß die auswärtige politische Lage eine solche sei, daß sie das Eintreten eines Sozialdemokraten in die Regierung erfordere, und welcher zugleich beschränkte, dadurch die Bahn für den Ministerialismus zu brechen, jedoch die Verteidiger desselben das nächste Mal ein leichteres Spiel haben sollten. Diese Ansichten wurden von einer Reihe von Rednern verfochten: Der Redakteur von „Bestjyllands Socialdemokrat“, K. P. Sundbo, Jrl. Marie Nielsen, Schriftführer Wartensburg und cand. mag. Gerion Trier. Dieser letztere ist wohl unzweifelhaft der ausgeprägteste Vertreter der marxistischen Anschauungen.

Die übergroße Mehrheit der Kongreßteilnehmer hieß indes also den Eintritt ins Ministerium gut, jedoch nur als eine Maßregel von außerordentlichem Charakter. Uebrigens ist der vorliegende Fall ja eben ein solcher, wie ihn die internationalen Kongresse gutheißen, wenn auch nicht habe anraten können. Aber wenn auch der gemachte Schritt ein extraordinärer ist und auf dem Kongreß als ein reiner „Ausnahmefall“ bezeichnet wurde, muß er doch auch diejenigen mit Besorgnis erfüllen, die auf dem Kongreß nicht dagegen zu stimmen wagten.

Besonders muß die Art und Weise, in welcher das Ereignis nachher im „Social-Demokraten“ wie ein Sieg erwähnt wurde — in Verbindung mit dem heiligen Zitieren ausländischer Ministerialisten schwere Bedenken bei den vielen erwecken, die, um die Neutralität und das Vertrauen des Auslandes darin zu bewahren, darauf stanneten, einen Sozialisten ins Ministerium einzutreten zu lassen als Garantie dafür, daß kein deutschfeindlicher Ausbruch zu Stande kommen könne.

Andererseits gibt es doch auch bedeutende Reichstagsmänner, die noch immer gegen den Ministerialismus reden, io zum Bei-

spiel der Redakteur von „Gorjens Socialdemokrat“, P. Masnussen, der auf dem Kongreß einer der wärmsten Anhänger der vorge schlagenen Ordnung war; er hat nun nachher festgestellt, daß es nur dieses eine Mal geschah.

Wie groß die Bedenken bei dem jetzt unternommenen Schritt sind, geht u. a. daraus hervor, daß Gerion Trier sich wegen des Kongreßbeschlusses von der Partei abgemeldet hat. Die kommenden Zeiten werden zeigen, ob das Vorgefallene die Folgen nach sich ziehen wird, wie Gerion Trier befürchtet hat — starke Kräfte arbeiten dafür, aber es gibt auch viele, die dafür arbeiten wollen, daß die vorliegende Situation sich nicht wiederholen soll.

Welche Auffassung nach dem Kriege liegen wird, das wird natürlich in hohem Grade davon abhängen, wie das Experiment verläuft.

Ernst Christian sen.

Gleichzeitig eruchten wir unsere Freunde in Skandinavien, die Sache in einer gemeinsamen Sitzung zu besprechen. Das ist nun geschehen. Am 2. Januar 1917 fand in Kopenhagen die Konferenz statt, an welcher für Schweden die Kameraden K. Kilbom und Sven Larsson, für Norwegen Mörk, Torger Jon, Langhelle und Hansen, und für Dänemark Christianen teilnahmen. Die Konferenz einigte sich nach reger Diskussion auf folgende Erklärung:

„Bezüglich der Stellungnahme des Genossen Christianen zum Ministerialismus auf dem letzten dänischen Parteikongreß erklärt die zweite interandinawische Konferenz, daß sie dieselbe in prinzipieller Hinsicht nicht billigen kann, sondern mit Rücksicht auf das Verhältnis zwischen Jugendbewegung und Partei in Dänemark und vor allem mit Rücksicht darauf, daß die gegenwärtige Situation innerhalb der internationalen Sozialdemokratie (auch mit Rücksicht auf die Stellungnahme der Sozialdemokratie in Skandinavien) unbedingtes Zusammenhalten aller auf dem Boden des sozialistischen Kampfes wirklich stehenden Organisationen und Richtungen erfordert, die Angelegenheit dem Bureau der Jugend-Internationale ohne weitere Erklärung überläßt.“

Das internationale Bureau hat nun das nächste Wort. Die Konferenz unserer skandinavischen Freunde und ihre Erklärung bestätigt aber wiederum glänzend, daß die sozialistische Jugend in ihrer Gesamtheit entschiedene Gegner des Ministerialismus sind.

Zu diesem Thema schreibt uns noch Genosse Schwede folgende Zeilen:

Sein oder Nichtsein, das ist das Dilemma!

Daß der Sozialdemokrat Stanning vom dänischen König ins Ministerium berufen werde, war im voraus zu sehen. Der Genosse Claussen hatte es uns bereits in Zürich im vergangenen Monat Februar so halb im Scherz gesagt. Aber der Genosse Christianen verdrückte es in Abrede zu stellen, vielleicht auch nicht io ernstlich, denn seine Verneinung war mit einem Lächeln begleitet. Aber nicht das interessiert uns heute hier, sondern die unentschlossene Haltung der dänischen Jugendgenossen gegenüber ihrem dortigen Ministerialisten.

Sein oder Nichtsein: Entweder dafür oder dagegen, entweder mit dem einen oder gegen die andern, das wäre die irdische Stellung, die einzunehmen einer aufstrebenden jungen sozialistischen Generation sich gezeit haben würde. Das zu tun, wäre die Aufgabe der dänischen Genossen gewesen. Aber die Jugendlichen taten das nicht. Sie behielten sich passiv, als gute brave Kinder und mickelten sich nicht in die irdischen Angelegenheiten. Nehmen wir an, es sei gut so. Dann wäre es aber ihre Pflicht gewesen, uns klipp und klar zu sagen: Wir sind mit Leib und Seele an die Parteilichkeit gebunden und wenn wir gegen sie stimmen, wenn wir Propaganda zugunsten der internationalen sozialistischen Prinzipien machen oder wenn wir gar es wagen würden, die revisionistischen Tendenzen der Parteiführer zu demaskieren, io laufen wir Gefahr, ihre moralische und materielle Unterstützung zu verlieren; ebenfalls würde unsere Organisation und unser „Fremad“ die Blutscheibe des Stanning'schen Unterlebenskrieges werden.

Singenen ließen sie uns durch ihren Vertreter im internationalen Bureau sagen, daß ihre Zustimmung zur Beteiligung am Ministerium sich aus den Folgen des gegenwärtigen Krieges erkläre. Daraus ist zu schließen, daß sie sich nicht der tiefen Ursachen bewußt waren, die den Krieg herbeigeführt haben, und die nun jetzt die dänischen Sozialisten zwingen, sich unter das schützende Dach der nationalen Monarchie zu begeben. Sie sehen

eben leider nicht, daß der jegige Krieg die Folge einer allgemeinen Politik ist, die in den letzten fünfzig Jahren von allen Staaten getrieben wurde. Sie sehen nicht das alles beherrschende Kapital, deshalb können sie auch die ministerielle Tragikomödie nicht sehen. Sie glauben, daß alles das mit einer „unglaublichen Geschwindigkeit“ vorgefallen sei, und daß alles nur „ein böser Traum“ sei, aber ein unerklärlicher, unvermeidlicher, „böser Traum“.

Dieser „Traum“ war notwendig, um zu vermeiden, daß kein deutschfeindlicher Kurs Oberhand gewinnen könne. Dieser „Traum“ war notwendig, um die dänische Neutralität bewahren zu können. An anderer Stelle gibt man vor, daß es sich hier nur um einen „Ausnahmefall“, um ein „Experiment“ handle und daß es nur diesmal geschehen sei. Der Genosse Christianen hat Angst, daß in Deutschland Zweifel erwachen könnten, ob auch wirklich das ganze dänische Volk die Neutralität bewahren will“ und vergleicht so „en passant“ die Situation seines Landes mit derjenigen Schwedens. Warum heißen denn die dänischen Jugendgenossen das Verhalten der schwedischen Kameraden gut, wenn sie gleichzeitig auf der anderen Seite glauben, einem Branting dienen zu müssen, anstatt mit Höglund zu gehen? Und warum soll sich eine sozialistische Partei darüber Rechenschaft geben von dem, was Deutschland über ein Land denkt, das nach monarchischen Grundföhen geleitet ist, ein bürgerlich kapitalistischer Staat ist? Ueberdies haben wir aber noch die feste Ueberzeugung, daß wenn Dänemark in einen Krieg verwickelt werden sollte, es trotz allem geschehen würde mit oder ohne Stauung. Darüber bestehen für uns keine Zweifel. Die ganze Geschichte wurde aber vom jetzigen Ministerpräsidenten mit bei weitem größerer Geschicklichkeit und Fehlbewußtheit eingeschickt, was ungewöhnlich aus folgenden Worten desselben hervorgeht, die er an einer am 17. und 18. November abgehaltenen Delegiertenversammlung des Rättervereins Kjöbenhavn gesagt hatte: Man darf hoffen, daß die Erweiterung des Ministeriums die gewünschte Ruhe nach innen und Sicherheit nach außen schaffen wird. Eines aber ist auf jeden Fall erreicht, ein Sozialdemokrat ist Minister geworden. Es ist ganz ruhig geschehen, es ist auch kein revolutionärer Schritt, aber es war immerhin ein Schritt, der getan werden mußte und der großen Schwierigkeiten hätte begegnen können. Nachdem die Sozialdemokratie eine der größten Parteien des Landes geworden ist, wäre es eine Ungereimtheit in unserem öffentlichen Leben, wenn die Sozialdemokratie fortgesetzt bei der Schaffung von Ministerien in Dänemark ablehnen wollte. Und noch weiter sagt der Ministerpräsident:

Es ist eigentümlich, feststellen zu müssen, daß in dieser für unser Vaterland besonders schwierigen Zeiten, wo Ruhe und Zusammenhalt nötiger als je sind . . . uhm.

Also, das wäre das Geheimnis, offenbar vom dänischen Staatsoberhaupt. Stauung ist Minister geworden, nicht weil es das Proletariat gewünscht hat, sondern weil es die Interessen der Regierung, des bürgerlichen Staates und des Königs verlangten, zu einer politischen Gemeinschaftlichkeit mit der Sozialdemokratie zu führen, weil dieselbe eine der größten Parteien sei, weil sie stark sei und deshalb eine Gefahr repräsentieren könnte für das monarchische Regierungssystem.

Der Ministerpräsident Jørgen kann sich mit Recht rühmen, daß ihm dieser Streich gelungen ist, und Huysmans, der Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureau, hat alle Ursache, Glückwünschtegramme an Stauung zu richten und auszurufen, daß der Triumph des Sozialismus gesichert sei, weil in Europa schon zehn sozialistische Minister gezählt werden könnten, als ob nicht über 7,000,000 tote Soldaten zu beklagen wären, als ob das Proletariat Europas nicht in einer der verbroderlichsten Epochen leben würde, die die Geschichte der Menschheit kennt.

Trotz der Größe dieser Tragödie gibt sich ein „genialer“ Mann wie Stauung keine Rechenschaft über diese Tatsache, und das beweist er dadurch, indem er nach der Rede des Ministerpräsidenten folgendes sagt:

„Möchten wir in dieser Zeit das System nicht ändern, so muß die Allgemeinheit Hilfe leisten. Die Reichen müssen besteuert werden und die Armen mit Gewinnen, Lebensmitteln und Schulwerk zu versehen, die im Verhältnis zu ihrem Arbeitsverdienst stehen, versehen werden.“

Diese Aeußerungen charakterisieren vortrefflich die opportunistische Denkwelt von Stauung, wie die der Reformisten aller Länder überhaupt. Wie kann man aber das System ändern, wenn die Parteiführer in den heißesten Momenten des proletari-

ischen politischen Lebens die heiligsten Interessen des Proletariats, der Klassenkampf auf dem Altar der sogenannten „Allgemeinheit“ des bürgerlich-kapitalistischen Staates geopfert wird? Als Stauung sagte, „die Reichen müssen besteuert werden“, hat er das wirklich in vollem Ernst gemeint? Weiß er denn nicht, daß jede Mehrbelastung der herrschenden Klasse nur sichtlich wieder auf die Schultern der arbeitenden Massen abgewälzt wird, weiß er nicht, daß die Besitzenden ohne den härtesten Kampf der Massen auch vorübergehend keine Lasten übernehmen wollen?

Der Genosse Christianen, der mit dem Geist unserer politischen Haltung vertraut ist, er, der unsere Verhältnisse kennt und der die tapfere Haltung unserer jugendlichen Genossen in den kriegsführenden Ländern hochschätzt, wird hoffentlich nicht die Einigkeit des Denkens, des Handelns kompromittieren, das die dänische Sektion mit denjenigen der andern Länder der Jugendinternationale verbindet. Das Phänomen, das sich vor der proletarischen Internationale als Internationalist und vor dem eigenen Lande als Nationalist gebärdet, soll seinen Platz haben unter uns.



Eine Umfrage.

Zu Befolgung eines Beschlusses der Bureauaufsichtung haben wir an zirka 300 der bekanntesten Genossen und Genossinnen der internationalen Arbeiterbewegung folgende Fragen gerichtet. Die Antworten, denen unsere jungen Freunde mit gespanntem Interesse entgegengehen, werden wir, wenn es einige sind, in der „Jugend-Internationale“, wenn es viele werden, in einer Brochüre veröffentlichen.

Das Schreiben lautet:

Werte Genosse!

In einer Sitzung des unterzeichneten Bureau wurde beschloffen, unter den bekanntesten Männern der internationalen Arbeiterbewegung eine allgemeine Umfrage zu veranstalten. Diese Erhebung soll die vorhandenen Meinungen und Ansichten über die sozialistische Jugendorganisation feststellen.

Unsere internationale Organisation der sozialistischen Jugendorganisationen, die gegenwärtig über 120,000 Mitglieder in 17 Ländern zählt, wünscht sich Klarheit zu verschaffen über die Verhältnisse und Beziehungen zwischen den Erwachsenen und jugendlichen Genossen, wie sie zurzeit bestehen und sein sollen.

Aus diesen Gründen möchten wir Sie bitten, werter Genosse, folgende Fragen, deren Stellung wir für unseren Zweck dienlich erachten, zu beantworten. In der Antwort können auch Momente berührt werden, deren Zusammenhang außer den jetzigen politischen Verhältnissen liegen, wenn Sie glauben, daß diese unserem Zweck und vor allem unserer Bewegung zum Vorteil gereichen könnten.

1. Welche Vor- oder Nachteile brachte und bringt die Jugendbewegung in Ihrem Lande den dortigen Arbeiterorganisationen?
2. Haben die Verhältnisse durch den Krieg darauf in irgend einer Weise verändernd eingewirkt, und wie?
3. Welche Mängel glauben Sie an der Jugendbewegung Ihres Landes entdeckt zu haben?
4. Bis zu welchem Alter soll der Jugendliche in der Jugendorganisation verbleiben? Machen Sie einen Unterschied zwischen beratender Teilnahme und aktiver Mitgliedschaft?
5. Welcher Aufgabe soll sich die Jugendorganisation im besonderen widmen?
6. Wie könnte die Tätigkeit der Jugendbewegung gegenüber der der allgemeinen Organisation begrenzt werden?
7. In welchen Grenzen und in welcher Weise sollte jede Partei die für sie in Betracht kommende Jugendorganisation unterstützen?
8. Was glauben Sie, wie weit die Jugendorganisation speziell für die Gewerkschaften wirken kann und auf welche Weise andererseits die Gewerkschaften die Jugendorganisation unterstützen sollen?
9. Welche Aufgaben billigen Sie der internationalen Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen zu und welche Kompetenzen räumen Sie uns ein?
10. Hat die Jugend gut getan, sich, wie es geschehen ist, dem linken Parteiflügel anzuschließen, und wie erklären Sie sich diese Tatsache?

Was haben Sie sonst noch zu sagen?

Für eine baldige und ausführliche Beantwortung unserer Fragen im voraus herzlichen Dank.

Für das Bureau der internationalen Verbindung sozialdem. Jugendorganisationen: **Der Sekretär.**

Zimmerwald-Riental eine Lüge?

Einige offene Fragen an der Präsidentsen der internationalen Kommission in Bern, Genosse Nationalrat Robert Grimm in Bern.

Werter Genosse!

1. Sie haben in Ihrem Blatt, der „Berner Tagwacht“, berichtet, wie die Sozialpatrioten in Schweden sich bemühen, die auf dem Boden Zimmerwald-Riental kämpfenden Jugendgenossen und vor allem deren Führer, den im Zuchthaus schmachtenden Genossen Foglund, am Parteitag im Februar auszuschließen. Was hat die Berner Kommission getan, um diese Genossen, die Mut genug hatten, trotz dem Verbot ihrer Parteileitung, nach Zimmerwald zu kommen, in ihrem schweren Kampf zu unterstützen?

2. Ist es wahr, daß Sie als Präsident der internationalen Kommission für die Anerkennung der schwedischen und norwegischen Jugend als Gruppen der Rientalerverbindung stimmten, trotzdem diese gegen das Verbot ihrer Parteien den Anschluß vollzogen und daß Sie in gleicher Stunde als Mitglied der schweizerischen Partei für eine Abnebelung der politischen Aktionsfreiheit der schweizerischen Arbeiterjugend wirkten?

3. Ist es wahr, daß Sie als Präsident der Rientaler Konferenz eine Verpflichtung von den französischen und deutschen Genossen forderten, gegen die Kriegskredite zu stimmen und als Mitglied der schweizerischen Parteileitung eine Behandlung dieser Pflicht für die schweizerischen Genossen auf einen Parteitag durch dessen Verschiebung verzögerten und bis heute verunmöglichten? Dabei Arm in Arm mit den größten, schweizerischen Sozialpatrioten gegen Kaine, Matten, Nobs und andern Teilnehmern der Rientaler Konferenz, kämpften?

Aus unserer Bewegung.

Zu unserer Prinzipienklärung

haben ihr Einverständnis bis jetzt mitgeteilt die Zentralvorstände der schwedischen und norwegischen Organisationen und Teile von deutschen Gruppen, soweit diese die Erklärung erhalten konnten. Auch aus Kanada haben wir eine zustimmende Erklärung erhalten. Im Prinzip ist wohl auch der dänische Zentralvorstand einverstanden, nur wünscht er einige, immerhin nicht unwesentliche Änderungen und eine kürzere Fassung. Unsere dänischen Freunde haben uns folgende Erklärung eingereicht:

In der Erkennung, daß — wie die gesellschaftlichen Verhältnisse sich im Zeitalter des Kapitalismus und Imperialismus entwickelt haben — eine eng verknüpfte internationale Verbindung zwischen den Arbeitern der Länder notwendig ist, falls die Arbeiterklasse imstande sein soll, die kapitalistischen Machthaber zu besiegen, die kapitalistischen Gesellschaftszustände abzuschaffen und durch sozialistische zu ersetzen, beschließt die internationale Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen:

1. In allen Ländern für eine Sammlung der Arbeiterjugend in selbständige Organisationen zu wirken, deren Aufgaben sein müssen: sozialistische Aufklärung zu verbreiten; eine fröhliche antimilitaristische Propaganda und Kampf gegen alle nationalen Vorurteile zu betreiben; den direkten Einfluß der Jugend vom 20. Altersjahre auf die Staatsgewalt durchzuführen zu suchen; einen wahrhaft effektiven Schutz gegen die Uebergriffe zu erstreben, die die kapitalistische Ausbeutung gegen die Arbeiterjugend begeht; die Jugend zur Teilnahme an dem Klassenkampf in all den verschiedenen Normen derselben aufzusuchen.

2. Unter Rücksichtnahme der Notwendigkeit des Eingreifens der Arbeiterklasse in Fällen von Krieg müssen den Staaten dafür zu wirken, daß die Arbeiterparteien aller Länder die Forderung der Abhaltung stellen, und daß Verhandlungen zwischen den Arbeiterorganisationen aller Länder von der Verwendung bestimmter Kampfmittel im Kriegsfall getroffen werden.

3. In Fällen von besonderen Schwierigkeiten für die Jugendorganisationen einzelner Länder diesen dann moralische und ökonomische Unterstützung zu leisten.

4. Die in der internationalen Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen stehenden Organisationen verpflichten sich, die von der Verbindung durch ihre gesetzlichen Repräsentationen gefassten Beschlüsse auszuführen, und nur die Ausführung dieser Beschlüsse berechtigt zum Verbleiben in der internationalen Verbindung — jedoch unter Rücksichtnahme auf die Verhältnisse der einzelnen Länder.

5. In bezug auf die näheren Einzelheiten der organisationsmäßigen Tätigkeit der internationalen Verbindung ist ein Reglement für den Sekretariat zu beschließen.

Für den „Sozialdemokratischen Jugendverband Dänemarks“:
Ernst Christensen.

Soweit unsere Freunde in Dänemark. Wir wollen heute auf eine Diskussion über beide Vorschläge nicht eintreten. Da wir die Auffassung unserer österreichischen Freunde teilen, daß eine engbündige Behandlung und Abstimmung über unsere prinzipielle Stellung erst nach dem Krieg möglich ist, wollen wir das Hauptgewicht der Diskussion in jene Tage verlegen. Auf Grund beider publizierten Erklärungen kann aber heute schon in den Sektionen ein reger Meinungsaustausch stattfinden.



Skandinavische Jugendkonferenz.

Die gemeinschaftliche Arbeit der drei Jugendverbände soll erweitert und befestigt werden.

Auf der ersten Konferenz der skandinavischen Jugendverbände, welche in Kopenhagen abgehalten wurde, haben sich verschiedene Anzeichen mannigfacher Berührungspunkte und Wechselwirkungen der sozialistischen Jugendbewegungen in Skandinavien gezeigt. Um nun das inter-skandinavische Band noch fester zu knüpfen, wurde am Dienstag, dem 2. Januar, in Christiania eine neue Konferenz der Jugendverbände der drei Länder abgehalten zwecks Prüfung von Wegen und Mitteln zur Erreichung eines innigeren Zusammenarbeitens der Verbände untereinander und zwecks Erlebigung einiger wichtiger prinzipieller Angelegenheiten, die man der Konferenz zur Behandlung überlassen hatte.

An der Konferenz nahmen teil für Schweden R. Nilsson und Zoen Larsson, für Dänemark Christensen und für Norwegen Mörk, Torgerinsen, Langhelle und Arvid Hansen.

Nachdem Christensen über die Stellung des dänischen Jugendverbandes speziell gegenüber der Partei Rechenschaft abgelegt hatte, wurde die Frage bezüglich der Stellung, die Christensen auf dem jüngst stattgefundenen dänischen Parteikonferenz hinsichtlich des Ministersozialismus eingenommen hatte, behandelt. Die Konferenz einigte sich auf folgende Erklärung:

Bezüglich der Herausgabe der „Jugend-Internationale“ hat die Konferenz beschlossen: „Die Jugend-Internationale erscheint in Zukunft (bis nach dem Kriege event. ein neuer Beschluß gefaßt wird) für die Beteiligung Skandinaviens in einer einzigen Ausgabe. Diese wird in den skandinavischen Sprachen gedruckt in der Weise, daß circa ein Drittel des Inhalts jeder Nummer schwedisch, ein Drittel norwegisch und ein Drittel dänisch ist. Die Verteilung der Artikel auf die drei Sprachen geschieht gleichmäßig auf alle drei Länder. Jedes Land ist verpflichtet, mindestens 100 Exemplare per 1000 Mitglieder zu vertreiben. Es wird ein Genosse gewählt, der der Redaktion des Blattes vorzusteht und den Vertrieb zu besorgen hat.“

Zwecks Unterstützung der gemeinsamen Arbeit wurde beschlossen: Gegenseitiger Austausch der drei Verbandsorgane zwischen den respektiven Zentralvorständen der Verbände; ferner Austausch der Literatur, welche in den drei Verlagen erscheint, in der Weise, daß jeder Verband für sein Land Hauptpostorteur wird, wenn es sich um Broschüren und Bücher handelt, welche von den beiden andern Verbänden herausgegeben werden, und für den Betrag anzieht.

Es wird in das Verbandsorgan eine Annonce bezüglich der zwei andern Verbandsorgane aufgenommen, durch welche die Vereine oder Klubs aufgefordert werden, auf je ein Exemplar zu abonnieren. Kopien wichtiger Beschlüsse werden zwischen den drei Zentralvorständen ausgetauscht; Redner werden in möglichst weitgehender Weise auszuwechseln verucht; diesbezüglich wird verucht, das Zusammenhängigkeitsgefühl unter der skandinavischen sozialistischen Jugend durch gegenseitigen Besuch der Vereine und der Klubs bei verschiedenen Veranstaltungen weiter zu entwickeln.

Die Konferenz beschloß ferner, das möglichste zu tun, daß die Organe der Jugendverbände in den Vereinen oder Klubs der skandinavischen Länder in ausgebreitetster Weise verbreitet werden, um die Ziele und das Wirken der zusammenarbeitenden Verbände überall zur Kenntnis zu bringen. In Norwegen hat deshalb jeder Klub auf

mindestens ein Exemplar von „Stormfloden“ und von „Fremod“ zu abonnieren.

Lorgejron wird es überlassen, als Sekretär für die skandinavische Arbeitsgemeinschaft während der zwei nächsten Jahre zu funktionieren.

Vom Arbeitsausschuss der Nord-Konferenz war bei dem dänischen Jugendverband ein Schreiben eingelaufen, in welchem der Verband aufgefordert wird, die Friedens-Aktion Wilsons zu unterstützen. Die skandinavische Jugendkonferenz, befragt, ob sie befürworte, daß man sich mit Wilson in Verbindung setze, erklärt, daß sie sich aus verschiedenen Gründen nicht veranlaßt fühlt, es jedoch den einzelnen Verbänden überläßt, in dieser Hinsicht nach eigenem Gutdünken zu handeln.

Die Frage bezüglich näherer Verbindung mit dem finnischen Jugendverband wurde bis zum nächsten Kongreß, welcher in Stockholm abgehalten werden soll, verschoben.

Die Frage betreffend Errichtung von Soldatenfonds wurde den respektiven Zentralvorständen zur Behandlung überlassen.

Es wurde beschloffen, folgende Vorschläge zur Prinzipienklärung den Zentralvorständen zur Annahme zuzustellen:

Im Anschluß an die vom Kongreß der Jugend-Internationale in Kopenhagen 1910 und von der Jugend-Internationale 1916 befandete Auffassung betr. Stellungnahme der verschiedenen Jugendverbände zu den sozialdemokratischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften der resp. Länder, erklärt die zweite interandinavische Konferenz, welche die sozialistischen Jugendverbände Schwedens, Norwegens und Dänemarks repräsentiert:

1. Eine unerläßliche Voraussetzung der sozialistischen Organisation der Arbeiterjugend, welche vom Klassenkampf selbst gestellt wird, ist, daß die sozialistischen Jugendverbände aller Länder in jeder Hinsicht ihre volle Selbständigkeit in bezug auf ihre Arbeit und auf ihr Recht zur sozialistischen Kritik bewahren, was gegebenenfalls in Uebereinstimmung mit dem Programm der sozialdemokratischen Partei und den Prinzipien des Sozialismus geschehen soll.

2. Im Anschluß hieran und zur Stärkung der sozialistischen gemeinsamen Arbeit, vor allem in Skandinavien, verpflichten sich die Jugendverbände, soweit wie tunlich auch in der Form ihre Erklärungen prinzipieller Art in Uebereinstimmung zu bringen; ebenso ein möglichst gleichlautendes Programm für die sozialistischen Parteien in Skandinavien aufzustellen und für die größtmögliche Einheit in den Aktionen zur Durchführung dieses Programms Sorge zu tragen und

3. stellen sich die skandinavischen Jugendorganisationen für den Fall, daß in irgend einem Lande Versuche gemacht werden, die oben erwähnten Prinzipien zu brechen, auf den Standpunkt vollkommener Solidarität und verpflichten sich, sich gegenseitig alle Unterstützung zu gewähren, die die dann vorhandene Lage erfordert und die Mittel der resp. Jugendverbände gestatten.

Die nächste interandinavische Konferenz wird, wie bereits gesagt, in Stockholm gleichzeitig mit dem diesjährigen Kongreß unseres schwedischen Bruderverbandes (wahrscheinlich im Mai) stattfinden.

So weit der Bericht, der uns noch kurz vor Redaktionsschluß zugeht. Die an der Konferenz gefassten Beschlüsse zeichnen sich nicht nur durch eine besonders prinzipielle Klarheit aus, sondern ihre Verwirklichung wird auch mächtig zur Förderung des internationalen Gedankens in den drei vertretenen Ländern beitragen. Wir gratulieren unseren Freunden von Herzen zu dem vortrefflichen Verlauf der Tagung.



Oesterreich.

Das läßt tief bliiden.

Dem „Jugendlichen Arbeiter“ wurde dieses Jahr von der Zensur der gesamte Weihnachtsartikel gestrichen. Unser Schwesterorgan teilt das keine Weibern in folgender Form mit: „Unser Weihnachtsartikel ist von der Zensur vollständig gestrichen worden. Da wir unsere Gedanken den Lesern nicht vortragen können, geben wir dem Kapitel das Wort und veröffentlichen die Weihnachtsansprachen, die er in den Jahren 1914 und 1915 an die Kardinalen gehalten hat.“ Oesterreich war gerettet und die Welt lacht über seine Zensur und den Mutterwitz unserer Freunde.



Die Jugendlichen im Kampfe.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“, das führende Organ der Sozialpatrioten in Oesterreich, bringt in ihrer Nummer vom 6. Januar Berichte über die Friedensschwindelveranstaltungen, die die Sozialpatrioten einberufen haben, um die Zentralmächte als Friedensengel darzustellen. Nach dem Bericht aus Hernalts (Wien) ergriff nach dem Referat des Sozialpatrioten Volkert Genosse Koritschower das Wort und trat der Friedensmache entgegen, indem er bewies, daß die Sozialdemokratie „während des Krieges ihre Pflicht nicht erfüllt habe“. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ schreibt weiter: „Zu bemerken wäre noch, daß zehn bis zwölf Jugendliche, die der Mehrzahl nach im Alter von 16 bis 17 Jahren waren und die offensichtlich unter der Führung von Koritschower standen, schon die Rede des Referenten durch Zwischenrufe störten. . . . Bei dem Schlusswort ging der Lärm von neuem los, so daß die Versammlung ganz ernstlich gestört wurde. Sowohl Koritschower als sein Anhang moß nicht in Hernalts, so daß es deutlich ist, daß die Störung beabsichtigt war. Hervorzuheben wäre noch, daß Koritschower der wissenschaftliche Beirat der jugendlichen Arbeiter Otkafungs lei.“

Das ist nicht mehr und nicht weniger, als eine glatte polizeiliche Denunziation nicht nur des Genossen Koritschower, sondern der Organisation der Jugendlichen, die hier als Organisatorin des Kampfes gegen den Sozialpatriotismus den k. k. Behörden angegeigt wird, damit sie sie ebenso auflösen, wie sie den Bildungsverein „Karl Marx“ aufgezeigt haben. Der Hinweis auf das Alter der Jugendlichen zeigt die sozialpatriotischen Schritte im vollen Glanze. Als es galt, dem Militarismus freiwilliges Kanonenfutter zuzutreiben, da waren die Sechszehn- und Siebzehnjährigen „junge Helden“. Wenn aber dieselben Jugendlichen, die jetzt arbeiten müssen, wie früher Erwachsene nicht idansten, sich durch die Teilnahme am Kampfe gegen den Imperialismus und seine Helfershelfer dagegen wehren, daß sie über's Jahr auf das Schlachtfeld geschleppt werden, da werden sie von den Sozialpatrioten denunziert.

Schmach den Sozialpatrioten, Brudergrüße den tapferen Jugendlichen in Wien, die verstanden haben, daß man die Sozialpatrioten nicht in dem Führerkonvertikel zu überzeugen, sondern öffentlich vor den Wahlen an den Kranger zu stellen hat.

Aus Italien.

Die Folgen des 3. September in Italien. — Der gesamte Zentralvorstand der italienischen Jugendorganisation befindet sich in Haft und erwartet den Prozeß vor dem Kriegsgericht in Rom. — Die bürgerliche Presse verwickelt in diese Sache den Genossen Schweide, der verlangt, nach Rom gebracht zu werden, um sich dort rechtfertigen zu können. — Der Abgeordnete Ventini und fünf andere Advokaten verteidigen die Verhafteten. — Die toll gewordene Reaktion. — Weitere Verfolgungen und Verhaftungen von jugendlichen Sozialisten. — Demonstrationen. — Großes Erwachen unter der Jugend. — Kongresse und Zusammenkünfte. — Gründungen von neuen Sektionen. — Ein Jugendlischer zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. — Der Prozeß des Genossen Modugno verflohen. — Der jugendliche Genosse Dandolo Gimini fällt getroffen von einem Revolver-schuß als Opfer eines Carabiniere. — Die Bewegung schreitet weiter.

Am 10. September vergangenen Jahres umzingelten römische Schutzeute die Truderei des Genossen Luigi Morara, erbrachen gewaltiam die Türen und drangen in die Lokalitäten ein, wo gearbeitet wurde.

Am folgenden Tage brachte die ganze bürgerliche Presse der italienischen Halbinsel die sensationelle Nachricht von der Entdeckung eines geheimen Komplottes, organisiert zwischen Rom und Zürich. Ganze Seiten wurden dieser romantischen Entdeckung der Polizei gewidmet und im besonderen — der angeblichen Quelle — dieses „internationalen Komplottes“. Der Antiffter

dieser tragischen Komödie, der Hauptverbrecher dieses revolutionären Dramas sei der Genosse Schweide. Die ganze Presse, im vollen Einverständnis mit der Regierung, verbreitete ohne genauere Kenntnis der Sachlage, die Nachricht von der Entdeckung einer Geheimdruckerei der vier verhafteten jungen Sozialisten, von 400.000 Flugblättern, die vom Genossen Schweide unterzeichnet gewesen seien, mit der Bestimmung, an der Front verteilt zu werden, um dort eine Revolution hervorzurufen.

Und wer bezahlte die Druckkosten dieser Flugblätter? ... fragte höhnisch dieselbe Presse. Während einer ganzen Woche sah die Presse und mit ihr die italienische Regierung nichts anderes als das angsteinflößende Geispen des Genossen Schweide. Die Bulletins von Cadorna und der Weltkrieg waren in diesen Tagen in zweite Linie gerückt. Die Geschichte wurde so bunt getrieben, daß die Regierungen von London und Paris um genauere Informationen einkamen und zugleich Hilfe in Aussicht stellten, wenn solche notwendig sein sollte. Erst jetzt merkte die italienische Regierung die Wirkung des begangenen Mißgebens und gab sofort der gesamten Presse mittelst einem Zirkular die Weisung, nichts mehr von der Geschichte zu schreiben, ebenfalls wurden den Zensurbehörden diesbezügliche Ordre erteilt, alles zu unterdrücken, was mit dieser Angelegenheit in Verbindung stehe.

Mit dieser allgemeinen Hege trachtete man nicht nur die Jugendbewegung zu treffen, sondern die ganze italienische Partei. So man ging sogar soweit, daß man nicht nur die Unterdrückung der „Avanguardia“, sondern auch diejenige des „Avanti“ verlangte.

In Wirklichkeit wurden in der Druckerei des Genossen Morara nur 1300 Flugblätter in italienischem Text gefunden, dessen Inhalt vom Internationalen Jugendbureau verfaßt und in allen ihm angegliederten Sektionen verbreitet wurde. Da die Zensur die Veröffentlichung des Manifestes nicht erlaubt haben würde, so blieb den italienischen Jugendgenossen nichts anderes übrig, als dasselbe auf unregelmäßigem Wege herzustellen, was von Hand und während den Nachtstunden in der Druckerei jenes Genossen geschah. Als Folge dieser Entdeckung waren eine Anzahl Verhaftungen, so z. B. die der Genossen Luigi Morara und Federico Marinuzzi. Gleichzeitig erfolgte die Verhaftung des Genossen Italo Toscani, der bereits Soldat war und sich in einer Kaserne in Turin befand. Im weiteren wurde noch der Genosse Sardelli, auch Soldat, Präsident der römischen Straßenbahner und Mitglied der Arbeitskammer in Rom, verhaftet. So kam es, daß von vier noch vorhandenen Zentralvorstandsmitgliedern nur noch ein einziges übrig blieb, die andern schmachten in den römischen Kerker, wo sie ihrer Verurteilung entgegensehen. Was den Genossen Italo Toscani anbetrifft, so verlangte die bürgerliche Presse kategorisch die Todesstrafe durch Erschießen und zwar in den Rücken. Inzwischen hatte sich aber herausgestellt, wie lächerlich sich die bürgerliche Presse gemacht hatte und nun war an ihr die Reihe, die moralischen Müdenschüße zu bekommen, abgesehen vom „Avanti“, der das einzige Organ war, das diesem Verleumdungsfeldzug mutigen Widerstand leistete und energisch alle Beleidigungen zurückwies, die an die Adresse des Sozialismus oder einzelner Parteigenossen gerichtet waren, die heute kämpfend in den Reihen des italienischen Proletariates stehen. Die Jugend-Internationale und die jugendlichen Sozialisten aller Länder dürfen heute gegenüber dem „Avanti“ mit bestem Dank erfüllt sein für seine mutige und tapfere Verteidigung der internationalen Jugendbewegung.

Der Genosse Schweide, dem von der bürgerlichen Presse Italiens die größte Schuld und Verantwortung überbürdet wurde, gelangte mit einem Brief an die sozialistische Fraktion mit dem Entschluß, ihm durch die Behörden die Möglichkeit zu verschaffen, nach Rom zu reisen, um sich dort vor dem italienischen Kriegsgericht verantworten zu können. Wir wünschten es von ganzem Herzen, daß ihm vom dortigen Militärgericht diese Möglichkeit eröffnet werde, damit er daleibt in aller Offenlichkeit die Gründe der Herausgabe dieses Manifestes darlegen, und um zugleich die gedungene bürgerliche Presse an den Pranger stellen zu können.

In Verbindung mit den Verhaftungen in Rom hatten auch an anderen Orten die Jugendlichen schwere Verfolgungen von Seiten der Polizei zu erdulden, wie folgende Fälle deutlich demonstrieren:

In **Castel San Giovanni** wurde eine Anzahl jugendlicher Arbeiter auf offener Straße von Geheimpolizisten angehalten

und gefragt, ob sie im Besitz von diesen römischen Manifesten seien. Nach einer Anzahl erfolglos durchgeführter Hausdurchsuchungen ließ man sie wieder in Ruhe.

In **Mailand** forderte die Presse offen die Polizei auf, rücksichtslos alle in der Stadt wohnenden jungen Sozialisten zu verhaften und einzusperrn.

In **Bologna** wurde der Genosse Ciancaglia, Präsident von der bolognesischen Jugendunion, mit zwanzig anderen jugendlichen Kameraden verhaftet, nachdem sie eine improvisierte Demonstration vor dem „Giornale del Mattino“, das in ganz gemeiner Weise die Tätigkeit der italienischen Genossen beschimpfte, veranstaltet hatten.

Eine weitere Anzahl jugendlicher wurde vor den Staatsanwalt zitiert, wo von ihnen verlangt wurde, alle Namen von Soldaten, die sich zurzeit an der Front befinden und mit denen sie in freundschaftlichen Beziehungen ständen, bekannt zu geben. Das Ergebnis war natürlicherweise auch hier ein negatives.

Auch in **Parma** wurde die Genossen von der Polizei belästigt. Der dortige Stadtpräsident erhob bei der Eröffnung der Ratsitzung in ganz lächerlicher Weise „energischen Protest“ gegen das angebliche geheime Komplott in Rom.

In **Florenz** machte die Polizei Jagd nach den jugendlichen Sozialisten, von denen sie auskundschaften wollte, wo eine angebliche geheime Zusammenkunft stattfinden sollte. Selbstverständlich war das nur in der Einbildung der Polizei der Fall.

In **Turin**, anlässlich zweier nächtlichen Demonstrationen — eine zugunsten Carlo Trecca und Karl Liebknecht, die andere gegen die Kapuziner, die in den proletarischen Stadtteilen einen Verleumdungsfeldzug gegen die Sozialisten organisiert hatten — wurden eine größere Anzahl jugendlicher und erwachsener Genossen verhaftet. Verschiedene wurden bei dieser Gelegenheit leicht verletzt anlässlich eines Zusammenstoßes mit der Polizei. Jede Jugendsektion hat bereits ihre Verteidiger bestellt.

Der gegen den Genossen Nicola Modugno angestrengte Prozeß wurde vertagt. Gingen wurde einer seiner Kameraden, ein Student der Militärschule in Modena, mit Namen Antonio Barletta, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Ungeachtet der zunehmenden Reaktion ist die sozialistische Jugendbewegung in hietem Wachsen begriffen. So konnten zum Beispiel in folgenden Städten neue Sektionen gegründet werden: In Ponte a Emma, Venegono, Superiore, Valsamo, Ponte dell'Olivo, Mantova, San Salvatore Monferato, Bado Ligure und Sinalunga. Total acht neue Sektionen.

Überdies fand eine wichtige Zusammenkunft des Roten Radfahrerbundes in Bologna statt, eine wichtige Tagung der Jugendlichen in Mariala und Como. In Grosseto hielten die Jugendlichen ihren 7. Provinzialkongreß ab, an dem auch der Abgeordnete Genosse Merloni anwesend war. In Ferrara fand der erste provinciale Jugendkongreß statt, an dem sich über 300 Genossen als Vertreter einer großen Anzahl Arbeitervereine daran beteiligten. Im Anschluß dieser Tagung wurde zugleich ein Provinzialverband Ferrara gegründet, der selbstverständlich ein Glied des gesamten Verbandes sein soll. Der sozialistische Abgeordnete Marangoni Guido, der den Vorsitz dieses Kongresses inne hatte, sagte, daß die sozialistische Jugend mit Recht die Avantgarde der neuen Arbeiterinternationale sein werde.

Inmitten dieser lebhaften Tätigkeit der italienischen Jugendlichen ist ein tragischer Vorfall zu beklagen, der sich in Genzano, einem Dorf, das wenige Kilometer von Rom entfernt liegt, und gerade während der Zeit sich abspielte, als die Genossen des Zentralvorstandes verhaftet wurden. Drei Mitglieder der Jugendbewegung — beide waren aus der Kaserne desertiert — befanden sich zusammen, gerade in dem Moment, als der eine von diesen von einem Karabiniere verhaftet und abgeführt werden sollte. Bei diesem Treffen entwickelte sich ein heftiges Handgemenge, wobei der andere zu Hilfe eilte und den angreifenden Karabiniere zu Boden warf. In diesem Moment erschien ein zweiter Karabiniere, zog den Revolver und feuerte einen Schuß auf den zu Hilfe eilenden Genossen Dandolo Cimini ab, der tödlich getroffen und blutüberströmt zu Boden sank.

Dem Genossen Dandolo Cimini, der als Opfer in Verteidigung seiner Genossen gefallen ist, wollen wir ein warmes Andenken bewahren.

Das ist in so kurzen Zügen das Bild der schweren Situation, in welcher unsere italienischen Genossen gegenwärtig zu kämpfen haben.

21 Jahre Kerkerstrafe für die Genossen Toscani, Morara, Marinozzi und Gardelli.

Am 13. November erschienen vor dem Militärgericht in Rom sämtliche Mitglieder des Zentralkomitees der italienischen sozialistischen Jugendorganisation. Der Prozeß fand bei geschlossenen Türen statt. Das geschah aus Angst vor der öffentlichen Meinung. Diese Tatsache konnte in Erfahrung gebracht werden durch die vertretenden Advokaten, die gleichzeitig gegen die Methoden und Praktiken der Militärjustiz Protest erhoben, die zugleich die Rolle als Richter und Anklägerin spielte. Die absurde Voreingenommenheit in diesem wie in allen anderen politischen Prozessen ist gekennzeichnet durch die brutalste Klassenjustiz des bürgerlich-kapitalistischen Regimes. Die herrschende Klasse, wenn sie an ihrem Lebensnerve getroffen wird, rächt und richtet sich selbst. Aber der Arbeiterklasse, auch wenn ihre heiligsten Rechte in den Schmutz getreten sind, ist nicht nur die Möglichkeit genommen, sich selber das Recht zu erkämpfen, sondern sie wird schon dann zu den härtesten Strafen verurteilt, wenn sie es nur wagt, einen Wunsch zu äußern. In Anbetracht dieser Tatsachen war es vorauszuheben, daß die römischen Genossen trotz der vortrefflichen Verteidigung eine harte Bestrafung zu erwarten hatten. So war es auch der Fall. In aller Stille, unter Ausschluß aller öffentlichen Kontrollorgane, konnte das römische Militärgericht sein reaktionäres Machwerk vollbringen, dessen grauenhaftes Resultat folgendermaßen lautete: **Italo Toscani 6 Jahre, Luigi Morara, Federico Marinozzi und Giuseppe Gardelli je 5 Jahre Gefängnis.**

In der folgenden Nummer werden wir eine kurze Charakteristik über unsere verurteilten Freunde folgen lassen, über die wir stolz sind und mit deren Handlungen wir uns voll und ganz eins fühlen.

Es ist interessant, hier von einem Gegenstück Vorwerk zu nehmen. Die „Unione Cattolica Italiana“, präsiert vom Grafen della Torre, erließ vor kurzer Zeit ein Zirkular an seine Vertrauensleute, in welchem eine scharfe Stellung gegen die Regierung eingenommen wurde betreffend ihre Haltung dem Papste gegenüber. Obwohl die Regierung von den heftigen Angriffen gegen sie, die in diesem Zirkular enthalten waren, Kenntnis hatte, blieben die Urheber dieses Zirkulars — trotz der Proteste der Antiklerikalen — unbestraft.

Das ist die Doppelmoral der herrschenden Klasse. Das ist das zweierlei Maß, das sie in Anwendung bringt, wenn sie über die Rechte und Pflichten der arbeitenden Klasse und ihrer Verteidiger zu urteilen hat.

Die Pressekommentare der sozialistischen Zeitungen und die Protestkundgebungen, die von vielen Versammlungen ausgegangen sind, werden von der Zensur alle unterdrückt.

Die Weisung des Ministeriums lautete: „Alles zu verschweigen und zu verdecken, was sich um den Prozeß in Rom beziehe.“

Aus Frankreich.

Rückwirkungen der Verhaftungen in Rom im französischen Parlament. — Der Genosse Brizon ohrfreigt den Abgeordneten Danais.

Die Verhaftungen der italienischen Jugendgenossen in Rom verursachten großes Aufsehen in der ganzen europäischen Presse, insbesondere in der englischen und französischen. Es ist selbstverständlich, daß jede dieser Zeitungen die Sache in der Weise interpretierte, wie es ihr am besten in den Kram paßte. So kam es, daß die chauvinistische Presse ohne weiteres von der französischen Regierung verlangte, daß sie ebenfalls mit der sozialistischen Regierung in gleicher Art verfahren soll, wie es die italienische Regierung mit den jungen Sozialisten in Rom gemacht hat. Dieses reaktionäre Verlangen — ob das an und für sich nicht schon genügend gewesen wäre — war noch mit einer guten Portion gemelter Beschimpfungen auf die Jugendbewegung und Zimmerwallerkommunisten gewürzt. Die „Libre Parole“, redigiert vom Abgeordneten Danais, übertrat das bisher Geleistete. Kurz darauf begynte Genosse Blanc denselben in einer Aula des bourbonischen Palastes, wobei er ihm heftige Vorstellungen wegen den publizierten Beleidigungen machte. In diesem Moment kam der

Genosse Brizon herein. Als er diesen Polizeijournalisten erblickte, eilte er auf ihn zu und verlegte dem Redakteur der „Libre Parole“ einige derbe Ohrfeigen. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als dieselben mit einer patriotischen Gebärde zu verdauen und sich im Lager seiner Freunde in liebevoller Weise trösten zu lassen.

Am anderen Tage nahm die „Libre Parole“ Notiz von dem Vorgefallenen, aber auch eine Protesterklärung der Genossen Blanc und Brizon auf, die gegen sie gerichteten Beleidigungen hatte nun die Gnade des Redakteurs gefunden.

Rumänien.

Unsere Organisation hat tüchtig gearbeitet, um den 3. September zu einer wichtigen Demonstration zu gestalten. 10.000 Manifeste des internationalen Jugendsekretariates waren zum Verteilen bereit. Da kam der Krieg und vernichtete mit einem Schlag unsere Arbeit. Die besten unserer Leute wurden verhaftet und eingekerkert, die übrigen in die Schützengraben verbannt. Jetzt versuchen die wenigen Zurückgebliebenen, darunter der international bekannte Jugendgenosse B. Marcu, die Reste der Arbeiterbewegung beisammen zu halten. Unsere Arbeit und unser Leben gehört der Jugendinternationale.

Deutschland.



Die parteivorstandsfremden und regierungsfreundlichen Jugendauschüsse und ihre Zentrale in Berlin machen Mißanstrengungen, die immer mehr um sich greifende oppositionelle Jugendbewegung nieder zu halten. Freilich ohne großen Erfolg. Vor uns liegt ein Rundschreiben der Berliner Zentrale, wo weder mit Versprechungen noch Beschuldigungen gefahrt wird, um die jungen Genossen der „Arbeiter-Jugend“ zu erhalten. Umsonst! Jeder Monat bringt ihr neue Verluste und allerorts sich gründende Lokalklätter der internationalen sozialistischen Jugend gewinnen stetig an Lesern. Es ist geradezu bewunderungswürdig, wie trotz allen Schwierigkeiten und Widerständen die jungen Genossen in Deutschland sich ihre Organe schaffen. Von „Morgenrot“ konnte nur eine Nummer erscheinen, dann wurde die Zeitung polizeilich verboten. Dasselbe geschah der „Freien Jugend“ nach der zweiten Nummer. An ihrer Stelle kommt der „Kampf“, die „Proletarier-Jugend“, das „Mittelungsblatt“ für Hannover und andere illegale Blätter heraus. In allen größeren Städten Deutschlands sind gegenwärtig Gruppen von jugendlichen internationalen Sozialisten. Gegenwärtig wird der Zusammentritt einer zweiten Reichskonferenz beraten.

Aus folgendem Zirkular können unsere Leser die ideale Auffassung wie auch die praktische Arbeit unserer deutschen Kameraden kennen lernen:

Jugendgenossinnen! Jugendgenossen! Innerhalb der proletarischen Jugendbewegung herrscht zurzeit eine ziemlich Zersplittertheit. Wenn wir das anerkennen, so gereicht es uns nicht zur Schande. Wie könnten wir ein Uebel bekämpfen, wenn wir die Wurzel des Übels nicht erforschen wollten. Nun beruht die Zersplittertheit nicht etwa auf Unwissenheit der einzelnen Ortsleitungen oder Jugendabteilungen, nein, es ist lediglich der Ausfluß der mangelnden Verbindung der Genossen im ganzen Reich. Die alte Bewegung hat in dieser Hinsicht bereits eine feste Organisation und ist deshalb im Vorteil. Hierzu kommt noch, daß wir unter dem Belagerungsstand weit mehr zu leiden haben — siehe Verbot der „Freien Jugend“ usw. — als die andern. Trotzdem darf uns das nicht abhalten, einen engeren Anstoß zu ermöglichen. — Der erste Versuch ist bereits am 1. März 1916 gemacht worden. Drei Viertel Jahr sind seitdem verlossen und nun wollen wir den Versuch noch einmal aufnehmen. Wir wollen nun keine voreilige Reichskonferenz einberufen, nein, erst muß die nächstliegende Aufgabe — die Organisierung der Bewegung am Orte und in der Provinz — erfüllt werden. Euerer Aufgabe ist es, in aller Kürze mit allen Orten eurer Umgebung Fühlung zu bekommen, um vorerst eine Kreis- oder Provinzkonferenz zuzewege zu bringen. Auf dieser Konferenz müßt ihr über die einheitliche Ausgestaltung der Bewegung euch unterhalten. Als Anhalt mögen euch die untenstehenden Leitsätze dienen. Ihr sollt diese nicht einfach annehmen, nein, euer Meinung sollt ihr kund geben. Kräft und beschließt selbst. Euer

Entscheidung teilt ihr uns mit. Wir stellen das Material zusammen und dann kann eine Reichskonferenz tagen.

Diese örtlichen Konferenzen müssen spätestens Ende Januar 1917 getagt haben. Neben den Leitfragen müßt ihr zur Zeitungsfrage Stellung nehmen. Wie wir uns die Ausgestaltung der Zeitung denken, geht aus den beiliegenden Nummern hervor, dessen prinzipiellen Standpunkt wir vollkommen teilen. Solltet ihr eine provisorische Einführung wünschen, so gebt uns Nachricht. — Und nun ans Werk!

Mit freiem Jugendgruß

Unterschrift.

Leitfrage.

1. Die proletarische Jugendbewegung ist eine naturnotwendige Bewegung, die sich aus den fortgesetzt steigenden sozialen und wirtschaftlichen Gegensätzen herausbildete.

2. Als solche hat sie nicht nur Jugendpflege zu treiben, sondern ihr Hauptwerk muß die Erziehung zum Klassenkampf sein.

3. Damit teilt sich die proletarische Jugend als ein Glied in die sozialistische Arbeiterbewegung ein und nimmt in dem Streben derselben — Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und Herbeiführung des Sozialismus — innigen Anteil.

4. Die proletarische Jugend kann diese Aufgabe nur dann lösen, wenn sie den Klassenkampf in jeder historischen Situation ununterbrochen führt und sich bestimmt als politische Bewegung erklärt.

5. Indem sich die proletarische Jugendbewegung die Bekämpfung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und ihrer Machthaber mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zur Aufgabe macht, löst sie sich gleichzeitig von allen nationalen Fragen grundsätzlich los — dazu gehört vor allen Dingen die Verneinung der Vaterlandsverteidigung —, an dessen Stelle die unbedingte internationale Verbrüderung der Arbeiterklasse zu setzen ist.

6. Die proletarische Jugendbewegung hat in ihrem Emanzipationskampf gegen alle Behinderungsversuche anzukämpfen, insbesondere auch gegen die alte Jugendbewegung, Arbeiterjugend, die ja eine direkte Anschuldigung der Jugend von allen politischen Aktionen verlangt.

Das Zirkular ist von der Zentralstelle der oppositionellen Gruppe.

Unzählig sind die Opfer, die in diesem Kampfe fallen. An einer andern Stelle dieses Blattes gedenken wir des lieben Freundes Vorsdorf, einer unserer Besten, der wie viele andere zur Strafe eingezogen, ins Feld geschickt und dort auf ewig uns entziffen wurde.

Einige Wochen vor seinem Tode standen seine Mutter und eine Reihe Jugendgenossen vor dem Kriegsgericht in Leipzig, angeklagt die polizeilich verbotene „Jugend-Internationale“ verbreitet zu haben.

Die höchste Strafe erhielt der Handlungsgehilfe Stühn mit vier Wochen Gefängnis; die Angeklagten Schriftsetzerlehrling Zentig, Chemigraph Biegler, Chemigraph Reinhardt und Handlungsgehilfe Werther erhielten je drei Wochen Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß durch die Verbreitung der „Jugend-Internationale“ aufgefördert werden solle, dem Krieg durch die Tat ein Ende zu bereiten. Die Väter sollten aufgefordert werden, durch Ungehorsam gegen die Gesetze Widerstand zu leisten. Die Angeklagten seien sämtlich gewedte Reute und hätten gewünscht, daß die „Jugend-Internationale“ zum Widerstand gegen die Verste aufgefördert habe. Fräulein Werther erhielt noch drei Tage Haft extra wegen groben Unfugs, weil sie durch das Singen der Marseillaise das Publikum belästigt habe.

Nur wenige Wochen darauf wurde in Stuttgart wegen gleichen Verbrechens der Genosse Wilhelm Schwabe, ehemaliger Präsident der Stuttgarter Jugend und Leiter des Jugendtages 1911, zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt.

Aber keine Strafe, kein Opfer, kein Kerker und selbst der Tod vermag die deutsche Arbeiterjugend nicht von uns zu trennen. Was die Eltern an der Internationale gefündigt, das sühnen die Söhne und Töchter hundertfach. Wir grüßen euch, Seldendfinder einer ersten Zeit. Euer die Zukunft, euer die Welt!

Schweiz.

In den Organisationen wird gegenwärtig im Stillen eine systematische und gründliche Bildungsarbeit geleistet. Circa 50 sturte von denen jeder 10-12 Abende umfasst, werden gegen-

wärtig durchgeführt und sollen helfen, die Mitglieder der Jugendorganisation in die Ideen der Arbeiterbewegung einzuführen. Die Agitation wird trotzdem nicht vernachlässigt und seit Neujahr konnten wieder zehn Sektionen mit zirka 200 Mitgliedern gegründet werden. In einigen Wochen wird eine Erhebung über die wirtschaftliche Lage der Lehrlinge beendet und im Herbst soll auf Grund des gesammelten Materials eine größere Aktion für ein eidgenössisches Lehrlingsgesetz durchgeführt werden. Ebenfalls sind Vorbereitungen für eine größere Frühjahrsagitation im Gange.

Die älteren Mitglieder sind in die Partei eingetreten und dort gegenwärtig mit die Träger der revolutionären Gruppe. Sie drängen mit Nachdruck darauf, daß demnächst ein Parteitag stattfindet, der sich mit der Vaterlandsverteidigung und der Stellung zum Militärdienst im besondern beschäftigen soll. Voraussichtlich wird der Parteitag im Mai zusammentreten.

Zu Bern beruft der Zentralvorstand eine Delegiertenversammlung nach Solothurn ein, an welcher auch über das Verhältnis zur internationalen Verbindung gesprochen wird. Auf Höfingsten ist ein Jugendtag nach Basel geplant, der, wenn sich der Wunsch vieler Millionen erfüllt, die erste internationale Demonstration nach dem Kriege ist.



Quittung.

Nach der letzten Quittung	Fr. 6969.83
An der Generalversammlung des Berliner Jugendbildungsvereins gesammelt	„ 16.25
Von der Schweiz für 6000 „S.F.“ Nr. 6	„ 585.—
Von Dänemark für Beiträge	„ 164.47
	Fr. 7735.55

Für das internationale sozialistische Jugendbureau,
Der Sekretär: W. Münzberg.

Abress'n

der unserer internationalen Verbindung sozialistischer Organisationen angegeschlossenen Sektionen.

Amerika. Vereinigte Staaten. Wm. F. Kruse, National Secretair 3. P. S. L. of the U. S. A., West Madison Street 803, Chicago. (U. S. A.)

Kanada. Mr. E. Hornung, Magnus ave 335

Winnipeg (Manitoba, Kanada)

Bulgarien. Karobem bam „Savo West“, Gombi Kanestf, Sofia

Dänemark. E. Christensen, København, Romersgade 22

Griechenland. Pour la Jeunesse socialiste, Salonique (Griechenland)

Holland. Sozialistische Jugendvereinigung „De Paier“, H. von Amstel, Den Haag, Rembrandtstr. 128

Italien. Federazione giovanile socialista italiana, Comitato centrale, Roma, Via del Seminario 87

Norwegen. E. Claussen, Christiania, Reichsmangstr. 10

Oesterreich. Verband der jugendlichen Arbeiter,

Wien, Rechte Wienzeile 97

Rumänien. Redaktion der „Bupta“, Bukarest, Str. 1st, Irmica 12

Schweden. Sozialistischer Jugendbund Folkets Hus, Söde Stadholm

Schweiz. Sozialdemokratische Jugendorganisation, Zürich, Werkstr. 40

Spanien. Federation de Juventudes Socialistas de Espana, Madrid, Bez 15,20

Die Adresse von Deutschland können wir aus leicht begreiflichen Gründen heute noch nicht mitteilen.

Wir eruchen die angeschlossenen Organisationen, untereinander in einen regen Verkehr zu treten und uns und sich die Zeitungen gegen Tauschexemplare zuzuschicken.